

Solidaritätspreis 3,- DM

VORAN

Zeitung der
SAV
Sozialistische Alternative VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 184 Oktober 1996

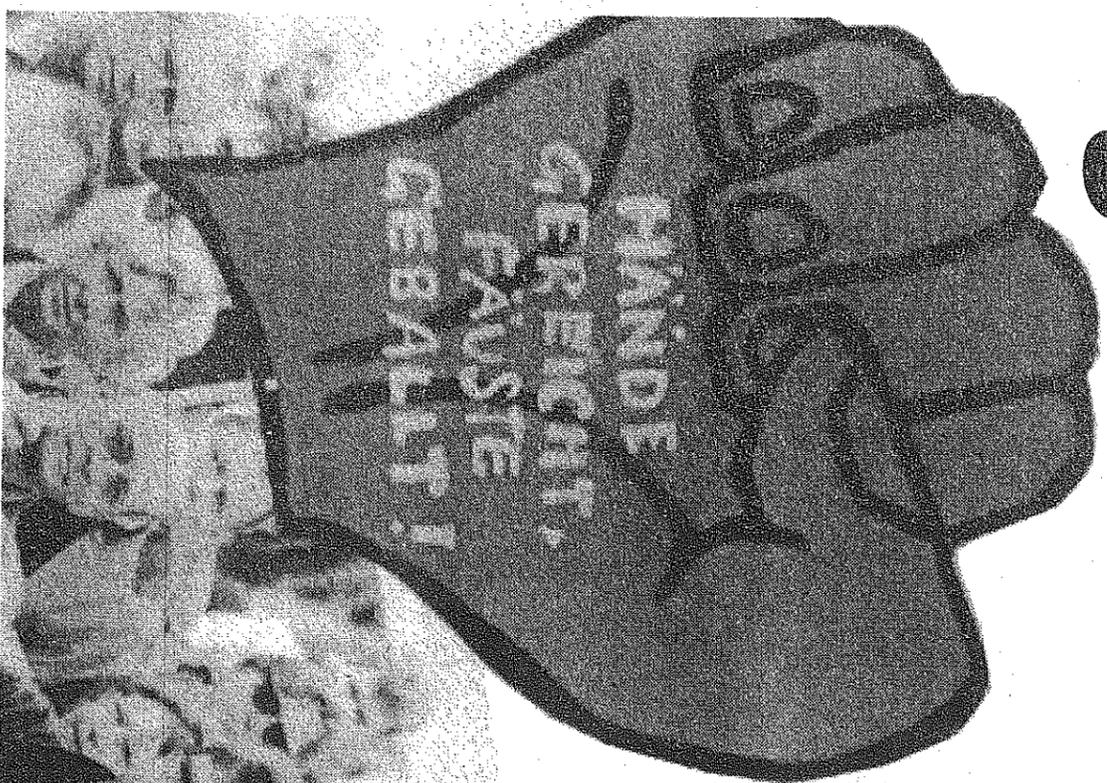
Lohnfortzahlung

Verteidigen -

Generalsstreik!

„Wir geben über 600 zerre Daimler-Benz und das reiche Deutschland Millionen Mark im Jahr die Deutsche Bank gehören könne sich so komfortabel für die Lohnfortzahlung zu den Vorreitern bei der ausgestatteten Elternurlaub im Krankheitsfall aus. Kürzung der Lohnfortzahlung.
Das ist eindeutig zu hoch... Das Ziel ist die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für den Standort Deutschland... Die Kapitalrendite ist völlig unzureichend.“ (Daimler-Personalmanager Manfred Gentz)
Die „notleidenden“ Kollegen andersrum: nicht mal

wird mit der Standortpropaganda in jedem Land verfahren. Wenn wir uns das bieten lassen, landen wir irgendwann auf dem „Sozialstandard“ von Malaysia.
Und sie meinen es ernst: Nach dem Motto „legal, illegal, scheinlegal“ zerreißen die Kapitalisten einen Tarifvertrag nach dem anderen.



Keine faulen Kompromisse

Würde bislang die sogenannte „Sozialpartnerschaft“ hochgehalten, so wollen die Unternehmer nun zu

wie in den USA vorgeführt.
Das alles, damit die Kapitalrendite wieder

sam faule Kompromisse anbieten, können wir uns nicht mehr leisten.
„Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“ lautet die alte Erkenntnis der Arbeiterbewegung. Es wird höchste Zeit, daß alle Gewerkschaften gemeinsam einen mindestens 24stündigen Generalstreik organisieren. Zeigen wir den Herrschenden, wer die Gesellschaft am Laufen hält. Wir kommen gut ohne die Schmarotzer in Management und Politik aus. Aber sie nicht ohne uns. ■



Es kommt immer mehr Druck von unten. Wie hier beim Mercedes-Transporter-Werk in Düsseldorf legten zehntausende Kolleginnen die Arbeit nieder.



112 Tage dauerte der Arbeitskampf, der vor 40 Jahren die Lohnfortzahlung sicherte. Damals hieß es: „Ihr gefährdet den Wiederaufbau.“ Heute heißt es „Ihr gefährdet den Standort“.

Lohnfortzahlung verteidigen - Welche Strategie?

Was wollen die

Gewerkschaftsführer?

„Wir wollen uns mit der Konzernleitung verständigen, deswegen müssen wir die Leute ruhig halten. Die Stimmung ist so, daß es tatsächlich zum Streik kommen würde, wenn wir ihn ausrufen würden. Die Kollegen würden uns liebsten alles hinschmeißen... Wir müssen jetzt erst einmal sehen, wie sich die ganze Sache entwickelt. Wir halten uns vorerst an die Regeln. Wir haben riesige Probleme, die Leute ruhig zu halten.“ (Berni Frank, Betriebsrat Mercedes Mannheim in der „jungen Welt“ vom 26.9.96)

Was müssen die Betriebsräte „erst noch sehen“? Haben sie noch nicht genug gesehen? Die Leute würden „tatsächlich zum Streik kommen“ staunt der Betriebsrat. Doch er hält sich lieber an die Regeln, die von den Unternehmen förmlich gebrochen werden. Seine Haupt Sorge ist, die Leute ruhig zu halten und zu verhandeln. Vielleicht über ein Abkommen wie bei BMW, wo sich der Betriebsrat auf eine Vereinbarung eingelassen hat, mit der zwar vorläufig die 100% gezahlt werden, aber „unter Vorbehalt“ und die Krankheitsstage auf einem „Zeitkonto“ festgehalten werden - zur späteren Verwendung für das Unternehmen. Das ist die Einführung von Karenztagen durch die Hintertür!

Bei der Vertreterversammlung der IGM Kassel schlug der Sekretär vor, nur diejenigen Betriebe in Kampfmaßnahmen einzubeziehen, die die volle Lohnfortzahlung nicht gewährleisten. Doch die Regierung hat das Gesetz nicht nur für ein paar Unternehmen geändert. Die gesamte Kapitalisten-Klasse will es umsetzen, die einen mit Rambo-Methoden, die anderen erst nach dem Auslaufen der Tarifverträge.

Die Unternehmer gehen auf's Ganze. Jetzt muß die volle Kampfkraft aller DGB-Gewerkschaften in die Waagschale geworfen werden. Wir können uns nicht leisten, ständig die Hand oder den ganzen Arm hinzuhalten. Die Kapitalisten wollen ohnehin unseren Kopf. Die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft, der auch der Fehdehandschuh der Unternehmer hingeworfen wurde, muß die Führung übernehmen.

Strategie
 ➔ Sofortige Urabstimmung im Organisationsbereich der IGM
 ➔ Vorbereitung eines Vollstreiks in der Metall- und Elektrobranche
 Einzelne und stundenweise Arbeitsniederlegungen in den Betrieben reichen nicht mehr. Ein unbefristeter Vollstreik muß solange durchgezogen werden, bis die Unternehmer zurückweichen

24-stündiger Generalstreik als gemeinsamer Kampftag aller DGB-Gewerkschaften
 Die Kürzung der Lohnfortzahlung ist ein Angriff auf alle ArbeitnehmerInnen.
 Dabei ist es egal, ob und wie die Lohnfortzahlung im Tarifvertrag geregelt ist, ob eine einseitige Formulierung darin steht oder nur Bezug auf die Gesetzeslage genommen wird. Alle ArbeitnehmerInnen brauchen die Sicherheit, nicht bestraft zu werden, wenn sie krank sind.
 Wir dürfen uns nicht auf das Spielchen von „eile und hersehe“ einlassen, das die Unternehmer mit uns spielen wollen. Jetzt muß die Lohnfortzahlung für verteidigt, bzw. wasserdichten tarifvertragliche durchgesetzt werden.

Keine Absprüche bei den Jahressonderzahlungen, kein Rücktritt der Kohlregie-
 Kein Verstoßen auf den nächsten Wahltermin mehr! Bis dahin haben Kohl und Konsorten noch weitere Sparorgien durchgezogen. Durch einen Generalstreik könnten wir sie sofort zum Rücktritt zwingen. Allerdings müssen wir auch dann viel Druck machen, weil eine SPD-geführte Regierung von sich aus - siehe Bundesländer - keine viel andere Politik betreiben würde. (siehe auch Artikel Seite 11: „Für eine neue Arbeiterpartei“)

„Unser Erfolgskurs gegen Kohl und Schrempf - wir lernen französisch“ Plakat bei Mercedes Untertürkheim
 Ein Generalstreik wäre ein Schock für die Reichen und die Regierung im Lande des Ausstiegs. Sie glauben in ihrer unerdlichen Arroganz, daß „die Deutschen“ sich alles gefallen lassen, daß sie nicht aufmucken.

Ein Jahr „Bündnis für Arbeit“-slosigkeit

Vor einem Jahr präsentierte Klaus Zwickel auf dem Gewerkschaftstag der IG-Metall nach seiner Wiederwahl seinen Vorschlag für ein „Bündnis für Arbeit“. Heute erleben wir Sparpakete, Bruch von Tarifverträgen, Kürzung der Lohnfortzahlung.
 Was das eine mit dem anderen zu tun hat? Der Angriff geht von den Unternehmen aus, aber die Gewerkschaftsführer haben mit ihrem Angebot zum Verzicht die Arbeiterbewegung politisch entwaffnet. Sie haben dem Angreifer die Stadttore geöffnet, statt mit schwerer Munition zurückzuschlagen.
 „Wenn die anderen 100.000 neue Arbeitsplätze im Jahr schaffen, dann begrenzen wir unsere Lohnforderung auf den Ausgleich der Preissteigerung. Wenn sie zusätzlich 10.000 Langzeitarbeitslose im Jahr einstellen, dann stimmen wir befristet niedrigeren Einstiegsgehältern zu. Hinzu muß noch eine Erhöhung der Ausbildungsplätze um fünf Prozent

jährlich kommen.
 Auch die Politik muß einen Beitrag leisten: Keine Verschlechterung für Arbeitslose und Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.“ (Klaus Zwickel in „metall“, November 95)
 Im Klartext bedeutete dies den Bruch mit dem Gewerkschaftsgrundsatz: „Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze“. Man tat so, als ob es den unverschämlichen Gegensatz zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen plötzlich nicht mehr gäbe.

Bumerang
 Kohl und seine Unternehmerfreunde wußten dieses Angebot zu würdigen. Die Bundesregierung lud die Gewerkschaftsbesse zu regelmäßigen Gesprächen nach Bonn und erreichte mit deren Zustimmung eine Zerschlattung der alten Vornubstandsergung.
 Die Unternehmer leisteten ihren „Beitrag“ für ein „Bündnis für Arbeit“. Sie begrußten, daß die Gewerkschaftsführer endlich eingeschlossen hätten, daß Lohnverzicht Arbeitsplätze schaffe. In

Deutschland würden aber sehr viele Arbeitsplätze fehlen, deshalb müßten die Arbeiter zunächst auf viel mehr verzichten als die Gewerkschaft vorge schlagen habe.
 Auch die „Politik“ leistete „einen Beitrag“. Kohl kündigte an, die Arbeitslosenzahl bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Dem großen Ziel entsprechend fiel das Sparpaket groß aus - zynisch „Programm für mehr Arbeit und Beschäftigung“ genannt.

Verrichtende Bilanz
 Damit war klar: Die Zugeständnisse der Gewerkschaftsführer reichen Kohl und Kapital nicht. Pünktlich nach den drei Landtagswahlen Ende April endeten die Kungelrunden vor des Kanzlers Kamin. Zwickel und Co. mußten den ungesondneten Rückzug antreten. Das „Bündnis für Arbeit“, das die Gewerkschaften angeblich wieder in die Offensive bringen sollte, hatte sich als Bumerang herausgestellt. In die Offensive gebracht wurden die Unternehmer, Gewerkschaften und Beschäftigte sind in die Verteidigung gezwungen. Heute gibt es mehr Arbeitslose und Armut als vor einem Jahr. Trotz der verrichtenden Bilanz ist das „Bündnis für Arbeit“ nicht tot. Seine Kernsachfrage „Lohnverzicht sichert Arbeitsplätze“ lebt und wirkt leider weiter. Die Wirkung dieser - aller Erfahrung widersprechenden - Behauptung war und ist für die Arbeiterbewegung verheerend. Das haben Regierung und Unternehmer sehr gut verstanden.
 Der unselbige Geist des „Bündnis für Arbeit“ ist erst dann tot, wenn die Gewerkschaftsbewegung wieder zu der alten Erkenntnis zurückkehrt „Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze, Lohnverzicht lohnt nicht.“ Wenn auch im alltäglichen Kampf um Löhne, Arbeitsplätze und Soziales wieder klar ist: Was die Arbeiterbewegung jemals erreicht hat, wurde immer durch Kampf, niemals durch Verzicht erreicht. Es kann nur durch Kampf verteidigt werden.

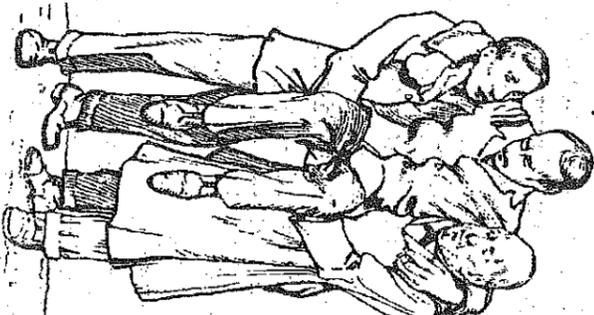
Was wollen die Unternehmer?

SO JETZT HOLEN WIR HÖRST NOCH AB, UND DANN ABER NICHTS WIE ZUR SCHICHT!

Durch die Ankündigung des Daimler-Vorstands, die Kürzung zu exekutieren, scheint der Damm gebrochen. Andere Unternehmen der Metallindustrie ziehen nach.
 Frohlocke die Unternehmerzeiung „Handelsblatt“ (26.9.96) und weist darauf hin, daß von den Arbeitgeber zum Teil schon Tarifverträge über Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekündigt worden sind.

„Es müßte mit dem Teufel zugehen, ließe sich nicht aus der Verhandlungsmasse Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung ein Paket schnüren.“

Die Unternehmer treiben das Spiel: Erst die Axt rausholen, um dann mit der Säge möglichst große Scheiben abschneiden zu können. Doch bei der Lohnfortzahlung geht es um eine zentrale Errungenschaft. Wenn sie damit durchkommen, bleibt demnächst die Axt draußen.



Staat schnüffelt im Internet

Kinderpornographie im Internet - Innenminister Kantscher fordert, "der zügellosen Freiheit" im Internet ein Ende zu setzen. Einige SPD-Abgeordnete fordern ein "Internet-Strafrecht". Eine staatliche Kontrolle des Internets soll her Was steckt dahinter?

Staat will Kontrolle

Was die Politiker berührt ist, daß das Internet ein staatsfreier Raum ist. Dabei legt jeder Staat wert darauf zu wissen, was seine "Untertanen" so denken, schreiben und tun, insbesondere die politisch aktiven Untertanen. Je totalitär der Staat desto rigider die Kontrollen und Vorschriften gerade im Bereich der Kommunikation. In manchen Staaten ist der Besitz von Druckmaschinen und Kopierern verboten. Auch in Deutschland muß in jeder Zeitung stehen, von wem und wo

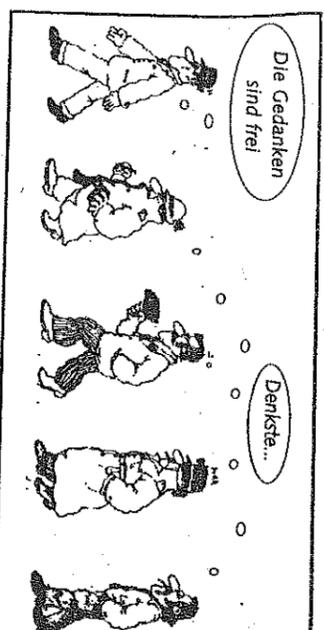
sie gedruckt wurde, auf jedem Flugblatt muß der Verantwortliche genannt sein. Das Abhören von Telefonen und Öffnen von Post ist Routinearbeit der Geheimdienste.

Wenn nun diese Untertanen plötzlich ein Mittel, das Internet, zur Verfügung haben, mit dem sie Informationen austauschen, Ideen verbreiten, Wissen erwerben können, ohne daß der Staat die direkte Kontrolle darüber hat, schreibt der Staat ein Regierung, Polizei, Geheimdienst suchen nach Mitteln und Wegen, die Kontrolle zurückzubekommen. Kampf gegen Kinderpornographie, Wahrung von Moral und Sitten usw. sind nur der Vorwand.

Zensur hat begonnen

Die chinesische Regierung sperre unlängst die Zugänge zu einer ganzen Reihe von Nachrichtenseiten, von ausländischen Nachrichtensendern, von Menschenrechtsorganisationen aber auch die Seiten des Playboy. Wovon hat die Regierung wohl Angst: Vor Bildern unweihlicher Haut oder vor unverhüllten Informationen für das Volk?

Als in den USA im letzten Jahr ein Verschlüsselungsprogramm für Nachrichten (email) im Internet angeboten wurde, mit dem Nachrichten nur mit riesigen, nicht löhnen den Aufwand zu entschlüsseln gewesen wären, wurde der Programmierer wegen Hochverrats vor Gericht gestellt. Bald darauf bot die National Security Agency (NSA) ein eigenes Verschlüsselungsprogramm an. Mit dem läßt sich gut verschlüsseln, doch für die NSA sicherlich



Die Gedanken sind frei

Denkste...

auch gut wieder entschüsseln. In Deutschland wurde unlängst die Internet-"Homepage" der stellvertretenden PDS Vorsitzenden Angela Marguardt vom Online-Dienst Compuserve gesperrt. Dies geschah auf Empfehlung der Bundesanwaltschaft, weil Marguardts persönliche Internetseite verboten, der, in Deutschland verbotenen, linken Zeitschrift "Radikal" er-mögliche.

Viele Nutzern des Internets halten das Internet für frei von jeder Kontrolle. Doch dies trägt wie o.g. Beispiel zeigt: Das Internet ist im wesentlichen ein Angebot verschiedener privater Anbieter (Telekom, CompuNET, MetroNet, ...). Die große Anzahl der Nutzerinnen hat über private Anbieter Zugriff aufs Internet. Freiheit im Internet heißt dann lediglich zwischen den verschiedenen privaten Anbietern auswählen zu können und natürlich für diese zu zahlen.

Schnüffelei ablehnen

Aus Sicht des Staates ist eine Zensur und Kontrolle des Internets absolut erforderlich. Doch dies gestaltet sich recht schwierig.

Steuerreform - Umverteilung mit Tradition

Steuerreform will die Regierung - Okosteuern die Opposition. Die entscheidende Frage lautet: Wer zahlt? Ab 1997 sollen Gewerbesteuer- und Vermögenssteuer abge-

schaft und Erbschaftsteuer eingeschränkt werden.

Das heißt, die Reichen werden weiter entlastet. Dabei wurde in den 90ern schon der Freibetrag bei der Gewerbesteuer an-

gehoben, die Körperschaftsteuer (auf Gewinne von Kapitalgesellschaften) wurde gesenkt, ebenso der Einkommensteuerspitzenansatz bei gewerblichen Einkünften.

Jetzt soll auch noch der Spitzensteuersatz, betrifft die Reichen, gesenkt werden.

Wer zahlt?

Andererseits ist zumindest inoffiziell beschlossen, daß die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) steigen soll. Die fällt auf den privaten Verbrauch an - Unternehmen bezahlen keine Umsatzsteuer. Selbständige können außerdem viele ihrer Ausgaben über den Betrieb abrechnen. Eine Anhebung der Umsatzsteuer trifft vor allem diejenigen, die den größten Teil ihres Einkommens gleich wieder für die Lebenshaltung ausgeben müssen.

Zahlen sollen also wieder mal die Armen, Arbeitslose, Rentnern, abhängig Beschäftigten.

Umverteilung

Diese Umverteilung der Steuerlast hat schon Tradition: Von 1983 bis 1995 ist der Anteil der Unternehmerinnen an den gesamten Steuereinnahmen von 13,1% auf 5,7% gesunken. Demnach soll sogar noch Steuer auf Arbeitslosen-, Krankengeld und Renten bezahlt werden. Klartext: Wer Leistung aus der Sozial- und Rentenversicherung bekommt, in die er Beiträge aus versteuertem

Die Steuerprogramme von SPD und Grünen versprechen ebenfalls keine Entlastung für die Masse der Schlecherverdienenden. Im Gegenteil, auch die Opposition will die Spitzensteuersätze senken.

Zur Finanzierung soll hier eine ökologische Steuerreform beitragen. Dabei soll insbesondere der private Energieverbrauch noch höher besteuert werden.

"Okosteuern" gibt es im Prinzip schon lange. Über die Mineralölsteuer kassiert der Staat Jahr für Jahr über 60 Milliarden DM

Das trübe wieder die breite Masse mit schmalem Geldbeutel. Schließlich ist es eine Geldtraße, ob man sich nur eine schlecht isolierte Wohnung oder ein Niedrigenergiehaus leisten kann. Oder ein neues sparsames Auto kaufen kann.

Okosteuern sind nur ein anderer Name für Umverteilung. Wie bei der Umsatzsteuer werden nur die Lebenshaltungskosten besteuert - ohne Rücksicht auf das Einkommen.

Okosteuern gibt es im Prinzip schon lange. Über die Mineralölsteuer kassiert der Staat Jahr für Jahr über 60 Milliarden DM. Das ist sogar mehr als die SPD an Einnahmen über Okosteuern



Ihr da oben ...

Peanuts

Die in London ansässige internationale Fondsverwaltungsgesellschaft der Deutschen Bank Morgan Grenfell, ist in einen Finanzskandal verwickelt. Mehrere Manager wurden suspendiert, weil sie aus den Mitteln des Fonds in windige, zum Teil nicht an Börsen notierte Firmen investiert haben; auch besteht der Verdacht der Bereicherung, weil zumindest ein Manager an den Firmen persönlich beteiligt war.

Um die Fondsgesellschaft vor dem Absurz zu bewahren, hat die Deutsche Bank kürzerhand 417 Millionen DM zugesprochen (laut Handelsblatt 5.9.9). Über wieviel solcher peanuts die Deutsche Bank noch verfügt, ist nicht bekannt.

Diktatur

98 Prozent aller Zuschauer geht die Fernsehklame auf die Nerven. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage.

Mit Demokratie hat das wohl wenig zu tun, wenn 98 Prozent gegen ihren Willen permanent mit Werbung bombardiert und genervt werden. Die Diktatur des Marktes, die Herrschaft eines kleinen Minderheit über die ungeheure Mehrheit - hier wird sie auch zahlenmäßig deutlich.

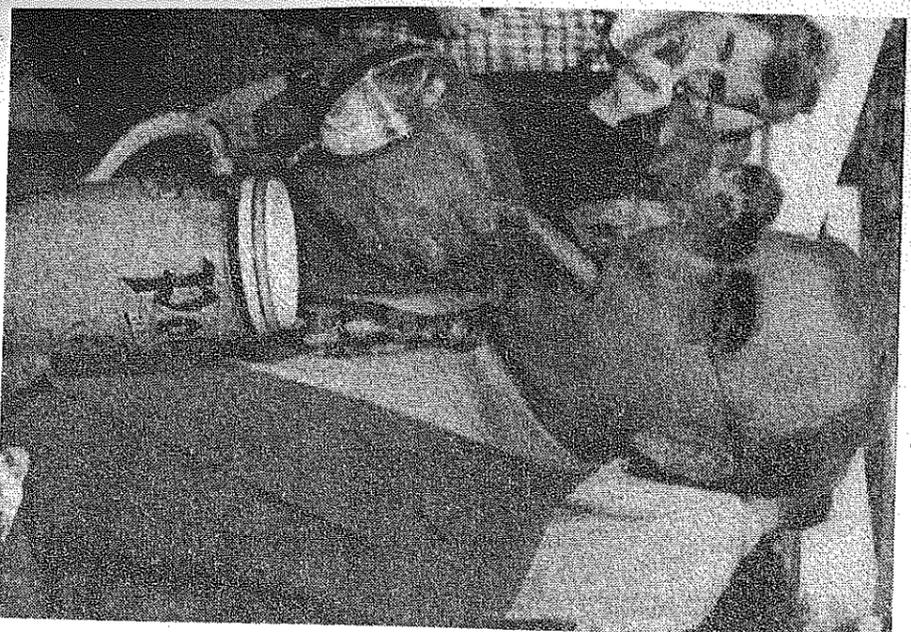
Mitgehört

Das Abhören von privaten Telefonaten muß sein: Drogendealer, Waffenhändler, Plutoniumschmuggler, die Mafia - ohne Telefonüberwachung sind wir diesen skrupellosen Verbrechern hilflos ausgeliefert. So oder ähnlich wurde doch auch der Lausichangriff von der Regierung begründet. Und tatsächlich:

die Verbrechenbekämpfer melden erste Erfolge: „Dem angeblichen Ehepaar waren die Ermittler dann durch eine Telefonüberwachung auf die Schliche gekommen.“ Die Täter: ein tibetischer Mann und eine deutsche Frau. Das Verbrechen: Scheinehe, um die Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. „Wie haben sie denn die Ehe vollziehen können“, wollte der Richter vom Angeklagten wissen. Die Antwort klang wenig überzeugend: „Wir haben uns hin und wieder mal getroffen und sind spazieren gegangen.“ Mir Hilfe der Telefonüberwachung konnte der Täter überführt werden: „Er wurde zu sechs Monaten Bewährungsstrafe und sofortiger Abschiebung verurteilt.“ (Zitate aus Köhner Stadt-Anzeiger, 21.9.96) Deutschland kann wieder nicht schlafen. Der Staat hört mit, das Verbrechen hat keine Chance!?



... wir hier unten



Finanzminister Waigel: Schwarzgelder in Milliardenhöhe bleiben verschont

Schließung von Deutz-Fahr in Köln

„Wir sehen erhobener Hauptes“



Mehrere Monate lang kämpfte die 530köpfige Belegschaft des Traktorenherstellers Deutz-Fahr in Köln um den Erhalt ihres Werkes, später um einen angemessenen Sozialplan. Inzwischen steht die Schließung des Werkes fest, ein Sozialplan ist abgeschlossen.

Deutz-Fahr wurde im vergangenen Jahr von KHD an den italienischen Konkurrenten SAME verkauft. Im April diesen Jahres kündigte SAME die Schließung des Werkes in Köln-Kalk an. Man wolle die Produktion am Standort Lauringen in Bayern konzentrieren, da dieser billiger sei. Den 530 Beschäftigten bot man die Weiterbeschäftigung in Bayern an, weswegen es auch keinen Sozialplan geben sollte. (VORAN berichtete in den letzten Ausgaben.)

Es kam zu einigen Protestaktionen der Belegschaft wie auch zur Gründung einer Bürgerinitiative für den Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen im dem ohnehin gebeutelten Stadtteil.

Betriebsrat IGM Metall und die Stadt Köln boten eine Kostensenkung durch städtische Mittel sowie Lohnverzicht der Beschäftigten an. SAME lehnte ab und blieb auch bei der Verweigerung eines Sozialplans.

Nachdem Betriebsrat und IGM sich weiterhin auf das Verhandeln und begrenzte Aktionen beschränkten, legten die gewerkschaftlichen Beschäftigten von sich aus die Arbeit nieder und richteten ein Spendenkonto ein. Ohne Unterstützung durch Betriebsrat und IGM, sowie aufgrund eines Sozialplan-Angebots der Geschäftsleitung, brachen sie den inoffiziellen Streik nach neun Tagen ab.

1. Verhandeln und kämpfen

Natürlich kommt man um Verhandlungen selten herum, und je nach Lage kann es auch sinnvoll sein, Zeit zu schinden. Ort wird aber dabei vergessen, daß ihr Verhandlungsmacht von Gewerkschaftsvertretern nicht im runden Tisch steckt, an dem sie mit den Unternehmen sitzen, sondern einzig und allein in der Kampfkraft ihrer Basis. Diese aber wird häufig lange und nachhaltig abgewürgt.

nur stückweise, im Nachhinein als vollendete Tatsachen, unterrichtet wurden, in der Regel über die Vertrauensleute-Struktur von oben nach unten. Von der Ankündigung der Schließung bis zum Sozialplan gab es über mehrere Monate nur eine einzige Betriebsversammlung.

Es gab für die Kollegen im Betrieb kein Forum, wo sie sich über Kampfstrategie oder über Verhandlungsstände offen austauschen konnten. Dadurch wurde die Bürgerinitiative ein Stückweit zu einem solchen Fo-



Von Seiten der Kollegen wurde immer wieder versucht die Brücke zu der Belegschaft von KHD zu schlagen. Doch die größte Sorge der IGM Metall-Führung war den gemeinsamen Kampf zu verhindern.

Schlamm ist auch, wenn keine ausreichende Informationspolitik damit einhergeht. Im Fall Deutz-Fahr gab es durchgehend wichtigste Geheimverhandlungen, über die Kollegen

freigestellten BR) und die IGM-Ortsverwaltung, die ohne Einbeziehung der Kollegen über strategische und taktische Fragen beraten - wie sich im Nachhinein herausstellte, wohl auch über Taktiken, wie der Kampf zu beenden sei.

2. Verhältnis Betrieb/Anwohner

Das Bewußtsein wächst, daß ganze Regionen, Städte oder Stadtteile am Schicksal von Betrieben mit zentraler Bedeutung hängen. Entsprechend wächst auch die Bereitschaft, sich für deren Erhalt zu engagieren. Umgekehrt ist es auch eine Ermunterung für Belegschaften, wenn sie die Solidarität von Anwohnern erfahren. Diese kann sogar einen Arbeitskampf überhaupt erst in die Gänge bringen.

Bei Deutz-Fahr ist es der Bürgerini in begrenztem Umfang gelungen, Anwohner und Angehörige mit einzubeziehen. Die Frauen der Kollegen erwiesen sich häufig als sehr kämpferisch und vorwärtstreibend. Auch hierbei stellte sich der Betriebsrat quer. Während eines Streiktages, an dem Frauen und Kinder zur Unterstützung auf Werksgelände kamen, wurden sie nach einigen Stunden vom Werkschutz mit Billigung des Betriebsrats des Geländes verwiesen.

Allerdings kann eine unterstützende Anwohner-Initiative nicht stellvertretend aktiv werden. Der Kampf muß in den Händen der Beschäftigten bleiben. Auch kann die Anwohnerschaft nur mobilisiert werden, wenn sich im Betrieb die Belegschaft selbst bewegt. Dies haben wir im Stadteil immer wieder feststellen können. Nur wenn wahrnehmbare Aktionen der Belegschaft, einschließlich Meetings, Betriebsversammlungen, feststellen war, stieg die Bereitschaft zum Engagement bei Anwohnern.

In Straßenaktionen und Infoständen war eine große Bereitschaft zu Solidarität (Unterstützen, Geldspenden, aufmunternde Worte) feststellbar. Aber man hörte auch immer wieder „Ob das was bringt?“ und „Die da oben machen ja doch, was sie wollen“. Es gab aber Zustimmung für die Aussage „Wir müssen es versuchen, dürfen uns nicht alles gefallen lassen.“

Unser Motto „Kalk wehrt sich“ kam gut an. Aber selten ging diese Zustimmung vom Kopf in die Füße. An einer Stadtteil-Demonstration nahmen mit Belegschaft rund 2.000 Menschen teil. Das war zwar einseitig die größte Demo seit Jahrzehnten im Stadtteil, bei einer Mobilisierungszeit von nur zehn Tagen. In Anbetracht dessen aber, daß alle örtlichen Medien mitzogen, daß das KHD-Milliarden-Debakel gerade alle

Gemüter bewegte, war es relativ wenig. Frust und Hoffnungslosigkeit sind wohl der Hauptgrund dafür.

3. Streik von unten

Wenn sich ein Streik/Arbeitskampf von unten entwickelt, ist es schwierig für die Kollegen, ihn in der Hand zu behalten. Das wurde bei Deutz-Fahr vor allem am Tag des Streikabbruchs deutlich, als der IGM-Chef zu den Streikenden kam. Bis dahin hatte er sich nur einmal kurz blicken lassen und die Streikenden ansonsten ihrem Schicksal überlassen, wohl in der Hoffnung, ohne Geld werde das Ganze sich schon schon bald totlaufen.

Das Ziel, den Erhalt der Arbeitsplätze, wurde nicht erreicht. Hat sich der Kampf gelohnt? Dazu ein paar Stimmen von Kollegen:

„Irgendwann war mir alles egal. Wenn die uns plattmachen wollen, dann mußten wir uns wehren. Ich wollte mindestens mit erhobenen Haupt hier rausgehen.“

„Ich hatte vorher nie vor vielen Menschen geredet. Durch den Kampf habe ich viel gelernt, z.B. auch das.“

„Das wichtigste Erlebnis für mich war die große Solidarität aus der Bevölkerung. Das hätte ich vorher nicht für möglich gehalten.“

„Der letzte längere Streik, an den ich mich bei KHD erinnern kann, war 1972 uns Weihnachtsgeld. Was wir gemacht haben, hat's in dem Laden noch nie gegeben.“

„Wir haben es wenigstens versucht, da bin ich ein bißchen stolz drauf.“

„Der Sozialplan ist zwar nicht gut, aber ohne Streik hätten wir nicht mal den.“

Ärgerlich an der Sache war inzwischen aber, daß die ausbleibenden Teile aus der Blechfertigung von Deutz-Fahr an KHD inzwischen dort für Produktionsausfälle gesorgt hatte. Schon ein paar Tage zuvor hatte der BR-Vorsitzende von KHD höchstselbst beim BR von Deutz-Fahr angerufen und nachgefragt, ob man die Blechfertigung nicht aus dem Streik herausnehmen könne - also zum Streikbruch aufgefordert. (Sowohl der BR-Vorsitzende als auch der IGM-Bevollmächtigte sind im Aufsichtsrat von KHD, jenem, der das Management so hervorragend kontrolliert hat).

Der IGM-Bevollmächtigte erklärte den Streikenden, daß das Management den Sozialplan auf 16 Mio. DM aufgestockt habe, daß nun verhandelt werden müsse, wobei der Streik hinderlich sei. Außerdem kämen die Spendengelder doch nur sehr langsam herein. (Bis zu diesem Tag waren alle auf dem Spendenkonto eingegangenen Gelder entweder von den Kollegen selbst oder von der Bürgerini gesammelt worden.) Am besten sei es, umgehend die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der überfallartige Auftritt verwirrte viele, der Hinweis auf die magere Streikkasse verursachte. Die Streikführer wurden gefragt, wie lange sie brauchen, um über die neue Lage zu berate-

ten. Sie erbotan eine Stunde Bedenkt. In dieser Zeit legten sie in Beratung mit den Kollegen fest, daß man auf keinen Fall am selben Tag die Arbeit aufnehmen werde und vorher Bedingungen zu stellen sind. Sie stellten fünf Forderungen auf, von der Bezahlung der Streiktage durch die Firma bis hin zur Entlassung eines besonders unbeliebten Vorsetzern.

Der Betriebsrat verhandelte darüber mit der Geschäftsleitung, ließ aber keinen Kollegen vom Streikkomitee teilnehmen, obwohl zuvor immer behauptet worden war, der Betriebsrat dürfe sich gar nicht einmischen, da der Streik ja illegal sei und die Kollegen schon alles selbst in die Hand nehmen müßten.

Heraus kam außer der Entlassung des Vorsetzern eigentlich nichts. Die Streiktage wurden mit Freizeitkonten oder Urlaubstagen verrechnet.

Die Kollegen nahmen die Arbeit wieder auf, ohne daß sie die Vereinbarung schriftlich gesehen hatten. Im Nachhinein waren viele der Aktivisten sauer: „Wir haben uns übermühen lassen.“ Wir hätten uns nicht nur eine Stunde, sondern den ganzen Tag Zeit zur Beratung nehmen müssen.“

Zwar wurde auf Druck der Kollegen der Streikabbruch als „Unterbrechung bezeichnet“, um den Druck auf die Geschäftsleitung aufrecht zu erhalten. Aber es war klar, daß es schwierig sein würde, die Kollegen noch einmal zur Arbeitsniederlegung zu motivieren.

Als später die Sozialplanverhandlungen ins Stocken gerieten, gab es noch einmal eine spontane, d.h. von den Aktivisten organisierte Versammlung. Wir sind vorher rumgelaufen, und nach unserer Einschätzung gab es eine Mehrheit für Arbeitsniederlegung.“ berichtete eine Kollege. Doch bei der Versammlung traten sofort zwei Betriebsräte massiv dagegen auf (darunter ein EX-DKP'ler, der den Nachhall seines linken Rufes nutzte) und die Abstimmung ergab keine Mehrheit für Streik.

Nachdem jegliche Aktivitäten von unten damit endgültig Erliegen kamen, gelang es dem BR danach auch noch, die Kontrolle über das Spendenkonto sich zu bringen. Erst dann fingen auch diejenigen Spendengelder, die von der IGM dem BR organisiert worden waren. In kürzester Zeit stieg Kontostand auf 72.000 DM was zeigt, wieviel dem gewerkschaftlichen Kampf anfangs und umfassend von der IGM gegangen worden wäre.

Fazit: bei einem Arbeitskampf von unten ist ein organisiertes Vorgehen von großer Wichtigkeit. Wahl einer eigenen Leitung, regelmäßiges Abstimmen mit möglichst vielen Kollegen regelmäßige Versammlungen

4. Offizielle Strukturere

Auch bei einem Arbeitskampf von unten führt kein Weg daran vorbei, sich mit den offiziellen Strukturen (Vertrauensleuten Betriebsrat, Gewerkschaft) auseinanderzusetzen. Wenn auch die Aktivisten im Zuge eines Kampfes mehr und mehr mit Trauisch gegenüber abblockierten Gewerkschaftsfunktionären werden, so gilt das nicht unbedingt für die Masse der Kollegen. Abwiegelnden Argumenten von Funktionären muß begegnen werden, man kann sie nicht einfach ignorieren.

Außerdem ist es ohnehin nicht ermutigend, wenn die Belegschaft den Eindruck bekommt sie steht ohne Gewerkschaft im Kampf. Denn die Kollegen sparen natürlich, daß man eine starke Organisation im Rücken braucht.

Es gibt daher keinen Grund den Arbeitskampf von unten als Allheilmittel zu betrachten. Besser ist allemal, wenn er mit Vertrauensleuten, Betriebsrat und Gewerkschaft gemeinsam geführt würde. Da dies aber immer häufiger nicht oder nur zum Teil der Fall ist, gibt es jeden Grund demokratische Strukturen von unten aufzubauen, die versuchen sollen, die Initiative in die Hand zu behalten und die Gewerkschaftsfunktionäre zu kontrollieren.

Gerade heute brauchen wir mehr denn je starke Gewerkschaften, Ziel muß sein, sie zu wirklichen Kampfinstrumenten zu machen.

Nachtrag: Von den 530 Beschäftigten haben sich rund 70 für die Weiterbeschäftigung in Bayern entschieden, die meisten davon pendeln, da der Standort Bayern mit großer Wahrscheinlichkeit auch nur ein Durchgangsstadium ist. Die Blechfertigung von Deutz-Fahr mit rund 30 Kollegen wird herausgelöst und in Köln bleiben. Im Rahmen eines Management-buy-outs wollen der Betriebsrats-Vorsitzende und ein weiteres BR-Mitglied diese als Geschäftsführer übernehmen...

Vorschleicherungen im Verkehrrbeitsbereich

Kein Grund zur Beschwerde?

Während in den Medien die Schlacht um die Lohnfortzahlung und andere Großangriffe auf die Beschäftigten toben, werden in vielen Betrieben kleinere, aber ärgerliche Verschlechterungen durchgesetzt. Auch dabei „schlafen“ die Gewerkschaften oftmals, organisieren keine konsistente Gegenwehr oder lassen sich sogar von den Arbeitgeber-Argumenten umstimmen.

VORAN sprach mit Detlef Kallinich, Busfahrer und ÖTV-Vertauensmann bei der Essener Verkehrs-AG (EVA), über die Situation in seinem Betrieb.



VORAN: Bei der EVA gibt es Ärger über eine Veränderung der Vorbereitungszeit. Was ist los?

Detlef: Unsere Betriebsvereinbarung sagt, daß man pro Dienst eine Vor- und Nachbereitungszeit von 20 Minuten hat. Nun wurde auf Bezirksebene eine tarifliche Anwen-

dungsvereinbarung zwischen der EVA, den kommunalen Arbeitgebern einerseits und der ÖTV andererseits getroffen, die die Vor- und Nachbereitungszeit auf 10 Minuten kürzt, sofern auf der Strecke abgelöst wird.

Wie habt ihr darauf reagiert?
Wir waren natürlich sauer. Ich habe dann zunächst gemeinsam mit einigen anderen Kollegen einen offenen Brief an unseren Betriebsrat geschrieben, und ihn an seine gesetzlichen Verpflichtungen nach § 80 Absatz 1 Betriebsverfassungsgesetz erinnert. Danach hat er darauf zu achten, daß Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen eingehalten werden, denn im vorliegenden Fall wurde eine Betriebsvereinbarung eindeutig nicht eingehalten.

Wie hat die ÖTV reagiert?
Das Zusammenspiel unseres Betriebsrats mit der ÖTV klappte wie immer gut, denn innerhalb kurzer Zeit lagen Stellungnahmen von zwei ÖTV-Sekretären vor, die besagten, daß der entsprechende Passus der Betriebsvereinbarung keine Gültigkeit mehr habe.

Eines der Schreiben vom Bezirk NRW II in Bochum war windelweich und gipfelte in der Aussage, wir sollten mit Beschwerden vorsichtig sein, schließlich hätten wir doch im Unterschied zu den Kollegen

bei Opel sichere Arbeitsplätze.

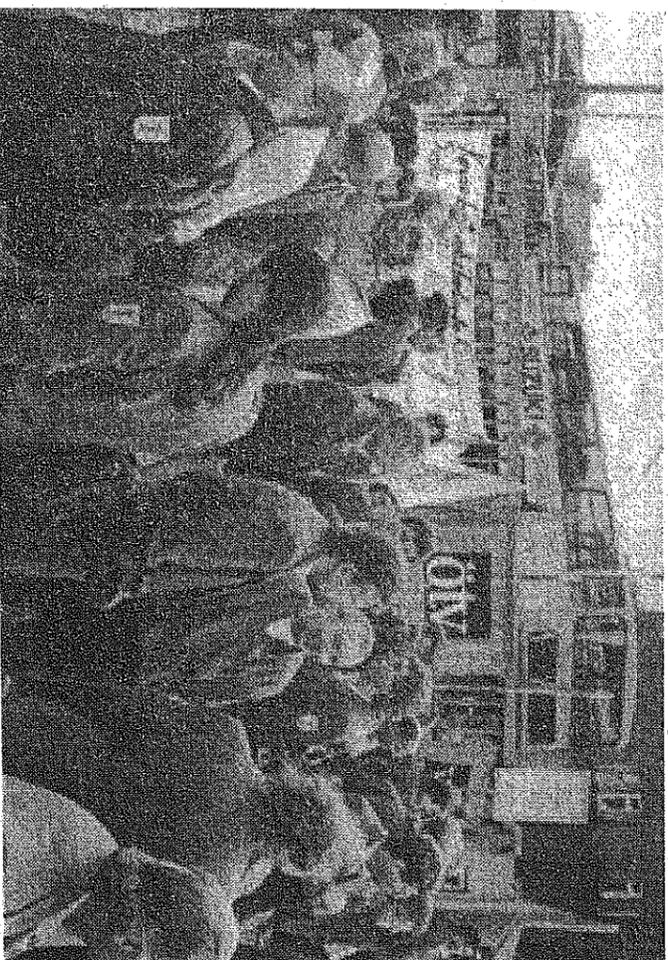
Allerdings trauten sie sich nicht voll dagegen zu halten, schließlich könnten wir den Arbeitsgerichtsprozeß gewinnen, wenn es dazu kommt. Und dann würde die ÖTV ziemlich dumme dastehen. Solch eine wacklige Haltung ist nicht das, was ich mit unter Gewerkschaft vorstelle.

Unsere Auffassung ist, und Arbeitsrechtler teilen diese, daß wir damit durchkommen können und, daß durch die länger bestehende Betriebsvereinbarung eine betriebliche Übung für eine 20minütige Vor- und Nachbereitungszeit besteht, selbst wenn sie gegen § 77 Abs.3 BetrVG verstößt.

Da wir aber von keiner Seite Unterstützung erhalten, sind wir auf uns alleine gestellt und werden wahrscheinlich den Klageweg beschreiten, sofern wir hierfür von der ÖTV Rechtsschutz erhalten.

Wie kann man die ÖTV verändern?

Um die Situation in der ÖTV zu verändern, habe ich Flugblätter vom „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ auf unseren Betriebshöfen verteilt. Die Reaktion der Kollegen war in den meisten Punkten zustimmend. Weniger zustimmend war die Meinung des Gewerkschaftssekretärs.



Arbeitsniederlegung bei Verkehrsbetrieben: den Angriffen der Arbeitgeber muß offensiv entgegengetreten werden

Dieser fragte mich, ob der ÖTV-Kreisgeschäftsführer mich nicht darauf hingewiesen hätte, daß dies gewerkschaftsschädigendes Verhalten wäre. Das ist eben die Art der ÖTV, mit Kritik umzugehen.

Gespannt bin ich jetzt noch, ob unser Arbeitsdirektor sich von dem Flugblatt angesprochen fühlt. Er ist nämlich einer von den dort beschriebenen Leuten, die die Seite gewechselt haben: Vom ÖTV-Funktionär zum Arbeitsdirektor. ■

Weg mit dem Tarifbruch bei KHD

Vor einigen Monaten wurden den Beschäftigten von KHD massive Lohnkürzungen, unbezahlte Mehrarbeit und Abschaffung der Werkrente aufgebürdet. Angeblich sollte damit der Konkurs abgewendet werden. Und Konkurs hätte Verlust aller Konzernarbeitsplätze bedeu-

tet. Konzernherren und Politiker taten so als ob ihre Haupt Sorge die Arbeitsplätze wären. Und diese geheuchelte Sorge wurde eingesetzt, um die Belegschaft zu pressen.

Ursel Beck, IGEM-Mitglied, kein

Im September fand nun die KHD-Aktionärsversammlung statt. Unter den Versammelten waren auch Belegschaftsmitglieder, diese wurden nämlich zwangsweise Aktionäre: 1995 erhielten sie ihr Weihnachtsgeld in Form überbewerteter KHD-Aktien. Um die Vorstände vor möglichen Übergriffen zu schützen, wurden Bodyguards eingesetzt.

Drohte Konkurs?

Trotz der Anwesenheit der Belegschaftsmitglieder war plötzlich keine Rede mehr davon, daß es bei dem Sanierungspaket um die Rettung der Arbeitsplätze ging. Niemand anders als der Aufsichtsratsvorsitzende und Vertreter der Deutschen Bank (Mehrheitsaktionär) erklärte den unzufriedenen Kleinaktionären, was Sache war: In den letzten Jahren wurden hohe Investitionen in den Motorenbau getätigt, die sich noch nicht rentiert haben. Wäre jetzt kein Geld mehr reingeschossen worden, hätte die angeschlagene Konzerntochter Humboldt-Wedag per Ergebnisabführungsvertrag den ganzen Konzern in den Abgrund gerissen. Der finanzielle Verlust wäre für die Deutsche Bank und die anderen Aktionäre noch größer geworden.

Es wurde also deutlich, daß die Opfer der Belegschaft nicht entscheidend waren, um einen

Konkurs abzuwenden. Die Deutsche Bank hatte zumindest zu diesem Zeitpunkt kein Interesse an einem Konkurs. Im eigenen Profitinteresse mußte sie ihn verhindern. Aber natürlich nutzte sie die Chance, die Belegschaft dafür bezahlen zu lassen.

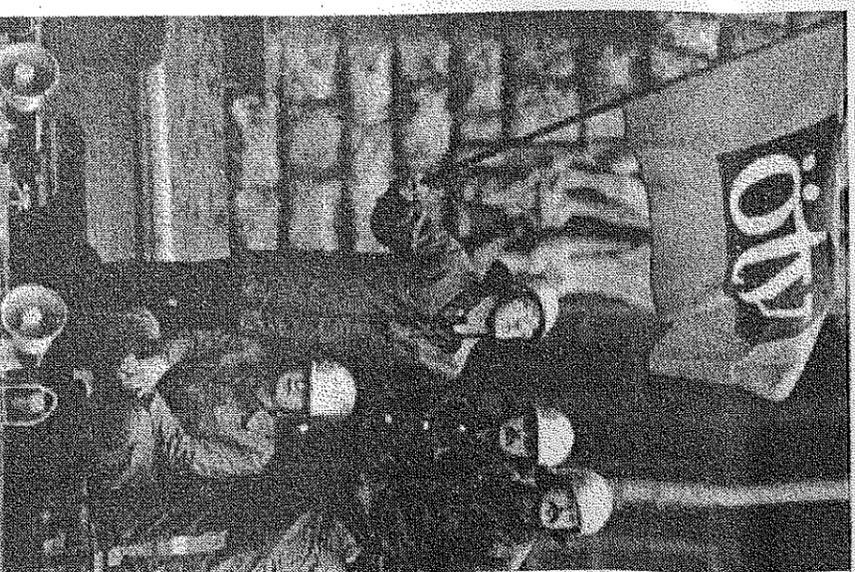
Aufgabe der Betriebsräte und der IGM wäre es gewesen, den Erpressungsversuch zu entlarven und zurückzuweisen. Sie haben sich im Gegenteil zum Handlanger der Deutschen Bank und der Konzernherren gemacht und eine Betriebsvereinbarung unterschrieben, die sogar den geltenden Tarifvertrag bricht.

Der Betriebsrat des KHD-Betriebsteils Rittershaus & Blecher in Wuppertal hat als einziger den Tarifbruch abgelehnt. Aus anderen KHD-Werken haben die ersten Kollegen inzwischen Klage eingereicht wegen Verletzung ihrer tariflichen Rechte.

Da der Uman steigt, will der Gesamtbetriebsrat gemeinsam mit dem Kölner IGM-Bevollmächtigten nachträglich eine Öffnung des Tarifvertrags erreichen.

Die Kampagne gegen Tarifbruch der Frankfurter Zentrale wurde völlig unglaubwürdig, wenn sie diesen Machenschaften zustimmt. Mehrere Kölner Kollegen haben einen Brief an den IGM-Vorstand in Frankfurt verfaßt, in dem sie um eindeutige Stellungnahme und Unterstützung gegen den Tarifbruch nachsuchen.

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV

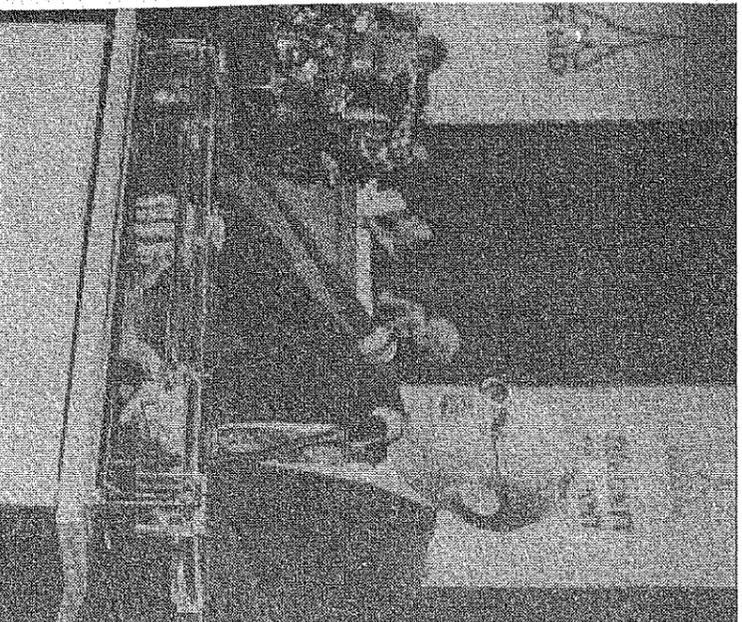


Die ÖTV-Führung läßt ihre Mitglieder oft im Regen stehen

Das Netzwerk hat sich im Sommer in Frankfurt gegründet, unter Beteiligung von Personalräten, Vertrauensleuten, Jugendvertretern und Aktivisten der ÖTV aus 15 Städten.

Das Netzwerk setzt auf „Gegenwehr statt Co-Management. Wir wollen eine Alternative zur derzeitigen Gewerkschaftspolitik aufzeigen. Druck auf die Funktionäre ausüben und Initiativen zur Gegenwehr ergreifen“, heißt es in der Gründungsplattform. „Wir fordern alle kämpferischen und kritischen Kolleginnen auf, mit uns für eine Veränderung in der ÖTV zu kämpfen.“

Manfred Engelhard, vom Netzwerk unterstützter Gegenkandidat zu Herbert Mai, erhielt auf dem ÖTV-Tag 5,1 Prozent der Stimmen. Informationen und Material zum Netzwerk können über die Redaktion angefordert werden.



KHD-Aktionärsversammlung: Bodyguards zum Schutz der Manager

Warum ich bei der SAV mitmache

Peter, 41 Jahre, Aachen

Ich war jahrelang wohl das, was man einen „politischen Menschen“ nennt. Mit dem Aufbau meiner Karriere als Leiter einer großen Notariatskanzlei beschäftigt, interessierten mich politische Themen und soziale Probleme nur am Rande. Ich war der Meinung, daß für die sozialen Probleme die Caritas, das Rote Kreuz usw. zuständig seien und daß wohl alles bestens geregelt sei. Doch es kam alles ganz anders.

Durch persönliche Umstände verlor ich so ziemlich alles, was ich besaß, und bekam die Kälte des kapitalistischen Systems zu

sprechen. Banken, die mir vorher den „roten Teppich“ ausrollten, kündigten mir die Konten - obwohl ein Guthaben vorhanden war. Alle Türen gingen zu, und ich stellte fest, daß das Interesse des Systems wohl nur so lange an mir bestand, wie es in irgendeiner Form an mir profitieren konnte.

Ich kam plötzlich mit Bewölklungsschichten in Berührung, mit denen ich vorher keinen Kontakt hatte: Drogenabhängige, Obdachlose, Haftentlassene. Eine Zeitlang arbeitete ich an einem Wohnprojekt für Obdachlose mit. Ich sah plötzlich die Schattenseiten und menschlichen Grausamkeiten dieses Systems.

In der SAV sehe ich nun end-

lich die Möglichkeit, aktiv an Konsumenten steht. Hier in der Ortsgruppe Aachen glaube ich, der Bildung eines menschlichen Systems mitzuarbeiten, welches den Menschen in seiner Gesamtpersönlichkeit und nicht nur als Produktionsfaktor und diese Aufgabe mit sich bringt.

Werde Mitglied der SAV!

Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.

Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 86

SAV-Frauenseminar am 12./13. Oktober in Kassel

Das Sparpaket der Bundesregierung trifft vor allen Dingen Frauen. Immer noch verdienen Frauen nur 71% von dem, was Männer verdienen. In Ostdeutschland sind 2 von 3 Arbeitslosen Frauen. Alle drei Minuten wird eine Frau vergewaltigt. Grund genug uns zusammenzusetzen unsere Forderungen und unser Programm zu entwickeln und die praktische Arbeit zu diskutieren.

Samstag
„Frauen 1996 - ein sozialistisches Frauenprogramm“ Unsere Forderungen zur Situation von Frauen in West- und Ostdeutschland

Sonntag
„Entstehung und Rolle der Familie“ was sind unsere Forderungen zur Rolle der Frau in der Familie im Kapitalismus?

Da wir noch am Anfang stehen mit unserer Frauengarbeit, wollen wir dieses Seminar noch nur für weibliche Teilnehmer öffnen. Interessentinnen sind herzlich eingeladen.

Infos und Anmeldung bei Helgard unter d. Tel.: 0561/67350



Sozialistische Alternative VORAN - Ortsgruppen

- Rostock**
Donnerstags, 19 Uhr, Augustenstraße 112a
Infos unter 03 871499 65 90
- Berlin**
OC Treptow: montags 19 Uhr, Kinderladen, Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park
OC Prenzlberg: montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonski-Str. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
OC Wedding: donnerstags 19 Uhr, Unkeltreff Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz
Infos unter 030 / 4408429 erfragen
- Kassel**
OC Nordost: freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schachtlof, Mohrhastr. 12
OC West: sonntags, 18.30 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos unter 05 61 / 1 64 91
- Bremehaven**
Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48
- Bremen**
Mittwoch, 19 Uhr, Kulturzentrum Weitschloß, Hasteder Osterdeich 230, Weitere Infos über Bundeszentrale
- Aachen**
OC Ost: Montags, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adlbertslehweg 233
OC Nord: Dienstags, 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18
Infos unter: 02 41/50 86 85
- Siegen**
Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 8 (bei oberem Schloß)
- Köln**
Donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstr. 41, U-Bahn Deutzer Freiheit
Infos unter: 02 21 / 13 45 04
- Frankfurt/Main**
Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 17
Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75
- Stuttgart**
OC Mitte: Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Holzstr. 9
OC Süd-West: Mittwoch, 18.30 Uhr, Jugendhaus Heilbronn (Eßlinger Str. 92)
- Freiburg**
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Wer wir sind

Die Sozialistische Alternative VORAN (SAV) steht für Gegenwart, Solidarität Sozialismus

Gegenwehr
Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Sozialabbau, Rassismus - Jugend ohne Zukunft - Gegenwehr ist nötiger denn je. Aber es gibt heute keine Partei, die konsequent für die Interessen der abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Armen, der Frauen und der Jugendlichen kämpft. Wir haben beschlossen, selber Gegenwehr zu organisieren.

Die Marktwirtschaft, der Kapitalismus, produziert Krisen und Kriege - weltweit. Doch weder SPD noch GRÜNE kämpfen ernsthaft für eine andere Gesellschaft. Deshalb endet ihre Politik letztendlich immer in Anpassung, in Reformabbau statt Reformen. Auch bei der PDS klaffen Worte und Taten meilenweit auseinander.

Solidarität
Solidarität heißt: Für gemeinsame Interessen gemeinsam kämpfen. Statt Bündnis mit den Unternehmern für Arbeitslosigkeit - ein Bündnis der ArbeitnehmerInnen gegen Lohnverzicht und Arbeitsplatzverrichtung. Gegen Spaltung, Standortpropaganda und Lohndrückerei setzen wir den gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen, in Deutschland und über Ländergrenzen hinweg.

Internationalismus
Der Kapitalismus ist international. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn er ebenfalls international ist. Die SAV beteiligt sich am Aufbau einer neuen Arbeiterinternationalen. Sie ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationalen“, das bereits sozialistische Organisationen in 30 Ländern auf allen Kontinenten umfaßt.

Sozialismus
Wir wollen das Übel an seiner Wurzel packen. Wir kämpfen für die Abschaffung des Kapitalismus, wir wollen eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Unser Ziel ist Sozialismus - weltweit. Sozialismus heißt: weder Diktatur des Marktes noch Diktatur einer Bürokratie, wie einst im Ostblock. Sozialismus ist demokratisch oder es ist kein Sozialismus. Sozialismus heißt: Statt Produktion für den Profit - Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Umwelt. Zu diesem Zweck und für diese Ziele wurde die SAV 1994 von Jugendlichen, GewerkschaftlerInnen, JungsozialistInnen und linken SPD- und PDS-Mitgliedern um die Zeitung VORAN gegründet. Wir fordern jede und jeden auf, mit uns zu kämpfen und mitzumachen.

Wofür wir kämpfen

Unsere Forderungen orientieren sich nicht daran, was Daimler Benz und die Deutsche Bank brauchen, sondern was für die Menschen notwendig und sinnvoll ist. Und was bei planmäßigem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft machbar wäre.

Arbeit und Ausbildung
* Arbeit für alle
* 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
* Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente, usw.) von 2000 DM netto
* Gleicher Lohn in Ost und West

Wohnen
* Sofortiger Mietestop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
* Verbot von Maklertätigkeit, kostenloser kommunale Wohnungsvermittlung
* Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales
* Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
* Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem

Bundeswehr
* Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten
* Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion

Umwelt und Verkehr
* Kein Einsatz im Ausland
* Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltschädlicher Produktion, bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
* Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif

Internationalismus
Der Kapitalismus ist international. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn er ebenfalls international ist. Die SAV beteiligt sich am Aufbau einer neuen Arbeiterinternationalen. Sie ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationalen“, das bereits sozialistische Organisationen in 30 Ländern auf allen Kontinenten umfaßt.

Sozialismus
Wir wollen das Übel an seiner Wurzel packen. Wir kämpfen für die Abschaffung des Kapitalismus, wir wollen eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Unser Ziel ist Sozialismus - weltweit. Sozialismus heißt: weder Diktatur des Marktes noch Diktatur einer Bürokratie, wie einst im Ostblock. Sozialismus ist demokratisch oder es ist kein Sozialismus. Sozialismus heißt: Statt Produktion für den Profit - Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Umwelt. Zu diesem Zweck und für diese Ziele wurde die SAV 1994 von Jugendlichen, GewerkschaftlerInnen, JungsozialistInnen und linken SPD- und PDS-Mitgliedern um die Zeitung VORAN gegründet. Wir fordern jede und jeden auf, mit uns zu kämpfen und mitzumachen.

Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen
* Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
* Streichung des Paragraph 218 Stragesetzbuch
* Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr

Gegen Rassismus und Faschismus
* Keine Abschiebungen
* Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
* Abschaffung aller Ausländergesetze

Arbeiterbewegung
* Für kämpferische, demokratische Gewerkschaften
* Nein zum Bündnis für Lohnverzicht und Arbeitslosigkeit
* Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
* Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie
* Keine Privatisierung. Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
* Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
* Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn



Die DGB-Führung hat die Aufbruchsstimmung vom 15. Juni nicht für einen konsequenten Kampf gegen das Sparpaket genutzt. Entsprechend war die Stimmung bei den Demos am 7. 9. sehr gemischt. Dies ist der Hauptgrund dafür, daß wir mit insgesamt ca. 4600 DM Spenden nur knapp die Hälfte unseres Ergebnisses vom 15. Juni erreicht haben. Zumindest eine grobe Minderheit unterstützt unsere Forderung nach Generalstreik gegen das Sparpaket und unterschrieb auf unserer Unterschriftenliste. In Berlin war die Stimmung kämpferischer als in Westdeutschland. Dort hat die SAV 1373 DM an Spenden eingenommen.

Unser Frühjahrs/Sommerspendenappell wurde Ende August mit einem Endergebnis von 15.570 DM abgeschlossen. 3500 DM wurden an das Komitee für eine Arbeiterinternationalen (KAI) für die Finanzierung der internationalen Arbeitergeleitet. Herausgetragen die 4550 DM, die von den Aachen für den „Appell I“ mehr wurden.

Angesichts der drohenden riführte seitens der Unioner bleibt die Forderung einer gemeinsamen Mobilisierung aller Einzelgewerkschaften für einen Generalstreik in Rostock wurden am 1. nach der Verabschiedung Sparpaketes bei einer Unterschriften für die Unterzeichnung in einer kamert 150 DM zusammen

Spendenkonto
Konto-Nr. 2500 59
Postbank Essen
(BLZ 360 100 43)

ABONNIERT VORAN!

zehn Ausgaben zu 18,- DM

zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 30,-)

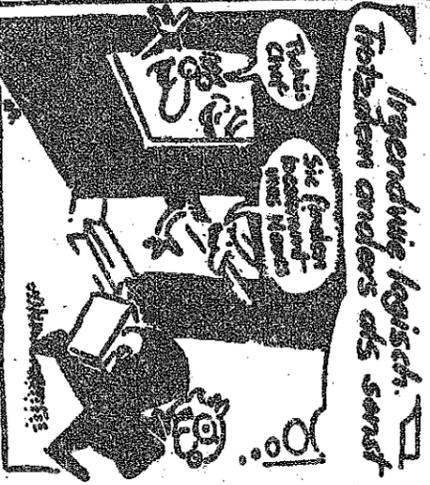
Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgironr. Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

VORAN

Überregionale marxistische Monatszeitung
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN - der sozialistischen Demokratie
Verantwortliche RedakteurIn: Angela Bankert
Erscheinungswort: Monatlich
Druck: Berger und Bornemann GbR, Kassel
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 02 21/13 45 04 oder 13 46 04
Telefax 02 21/13 72 80
e-mail: SAV@INDELAG.COM
Bankverbindung: Postgironr. Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430

Ausbildungsnotstand Ausbildung und Arbeit für alle!



Jetzt, wo es bald zu spät ist, hat es Appelle an die Unternehmer. Dabei wußten schon seit langem, daß Ausbildungsplätze fehlen würden: haben sie doch fleißig selbst Ausbildungsplätze in Unternehmen und im öffentlichen Dienst abgebaut.

Holger Dröge, Azubi

Die SAV Aachen hat sich zum Ziel gesetzt, diese Heuchelei aufzudecken und soziale Alternativen zur kapitalistischen Misere auf dem Lehrstellenmarkt aufzuzeigen.

Last-minute-Projekte

In der letzten Zeit gibt es in Aachen verstärkt „Ausbildungsplatzbörsen“, „Berufsmessen“ und ähnliches. Angebot sollen die Jugendlichen dort über Ausbildungsplätze beraten werden und welche vermittelt bekommen.

Waren diese Angebote in den letzten Jahren nicht sehr stark besucht, so kamen allein zum „Lehrstellen-Vermittlungstag“ des Arbeitsamts über 900 Jugendliche. Die meisten führen mit leeren Händen wieder nach Hause.

Die verzweigte Lage vieler Jugendlicher wird schamlos ausgenutzt: Tagsgesetzungen bieten in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer „Lehrstellenbörsen“ an, angesichts des Mangels sicherlich eine

verkaufsfördernde Aktion.

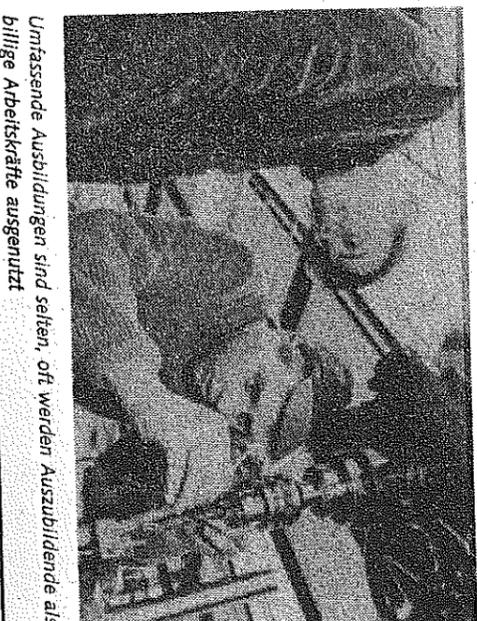
Die SAV Aachen wird Aktionen vor solchen Veranstaltungen machen. Wir werden den Politikern ihren hehlichen Wahlkampf und den Unternehmern ihre Werbung versauen.

Haben wir ein Recht auf Ausbildung? Und wenn ja, wer ist dafür verantwortlich? Das einzelne Unternehmen? Etwa Phillips, VW oder der Bäcker nebenan? Warum sollen wir unsere Zukunft in die Hände solcher Leute legen? Wir sind weder mit ihnen verwandt, noch sind diese Damen und Herren von irgend jemandem demokratisch gewählt worden.

Unternehmer sollen zahlen

Die SAV setzt sich dafür ein, daß die Ausbildung in der öffentliche Hand gehört. So fordern wir, daß die Stadt Aachen jährlich 200 überbetriebliche Ausbildungsplätze schaffen soll, bis der Ausbildungsnotstand beseitigt ist. Finanziert werden soll dies durch eine Ausbildungsabgabe aller Betriebe, die am Umsatz gemessen wird. Wer von Fachkräften profitiert, soll auch dafür zahlen. Denn unser Ziel ist: Eine Lehrstelle für jeden im erwachsenen Beruf!

Um Druck auf die Verantwortlichen zu machen, mobilisieren wir für den 23. Oktober zu einer Protestaktion vor dem Stadtrat (16.30 Uhr, Markt). Geplant ist die Politiker zur Rede zu stellen.



Umfassende Ausbildungen sind selten, oft werden Auszubildende als billige Arbeitskräfte ausgenutzt

Leberort

Was ist mit der Übernahme?

In der Voran Nr. 183 wird die Abschaffung des „dualen Systems“ und seine Ersetzung durch überbetriebliche Ausbildungsstätten gefordert. „Ausbildung raus aus Unternehmen“ und seine Ersetzung durch überbetriebliche Ausbildungsstätten gefordert. „Ausbildung raus aus Unternehmen“ war eine Hauptforderung der Lehrlingsbewegung Anfang der 70er Jahre. Die Gründe dafür gelten heute noch. Aber damals gab es noch „Vollbeschäftigung“, nach der Ausbildung einen Job zu finden, war selten ein Problem.

Das ist heute anders. Die Übernahme nach der Ausbildung ist ein mindestens so großes Problem wie der Ausbildungsplatz. In dem Artikel wird zwar die Übernahme in den erlernten Beruf gefordert – aber in welchen Betrieb, wenn die Ausbildung überbetrieblich ist? Selbst wenn die ostdeutschen Ausbildungszentren wirklich so gut sind, gibt es dort eindeutig dieses Problem.

Die einfachste Lösung wäre „Betriebe raus aus Unternehmen“, also Sozialismus. Aber leider ist Sozialismus „das Einfache, das schwer zu machen ist“ (Bertold Brecht). Wir können Jugendliche, die sich um ihre Übernahme nach der Ausbildung sorgen, nicht auf den Sozialismus verdrängen. Habt ihr eine Idee, wie man bei überbetrieblicher Ausbildung trotzdem konkrete Betriebe für die Übernahme verantwortlich machen kann? Wenn nicht, dann würde ich betriebliche Ausbildung, aber unter Kontrolle von Gewerkschaften und JAVen für die beste Kampfforderung halten. Mit anderen Worten: „Ausbildung raus aus Unternehmen“, aber nicht raus aus den Betrieben.“

Wolfram Klein, Stuttgart

CD-Besprechung

DRITTE WAHL „nimm drei“

Ganz Rostock eine Hochburg der Faschisten? Nein, zum Glück gibt es noch andersartige Rostocker, wovon drei sich den Bandnamen „DRITTE WAHL“ (in Punktkreisen seit drei Jahren gefeiert) gegeben haben. Endlich nach zwei langen Jahren ist ihr neues Album „nimm drei“ erschienen. Und das Warten hat sich gelohnt.

Das Album beinhaltet Songs, die klar machen, was die heutige Gesellschaft bedeutet und daß man sich dagegen wehren muß. Aber es setzt auch Seitenhiebe auf gewisse linke Kreise („so wie ihr seid“), setzt sich mit dem Radikalismus auseinander und gibt persönliche Einblicke.

Die Musik zu den Texten trifft den Nagel genau auf den Kopf, von krachenden Metall-Klängen bis zu Musik, die so recht nicht zu Punk/Metal passt. Ich persönlich zähle „so wie ihr seid“, „kein wert“, „auge um auge“, „zu klein“ und „hast“ zu den Hits dieses Albums.

„auge um auge“ wird jedesmal kurz vor der wahl da werden stimmen laut was zu tun ist für das bürgerwohl im land, wenn wir können, wie wir wollen, würden wir und überhaupt, der aufschwung geht jetzt los

Jan Hoppe, Rostock

Die Gewalt geht weiter

In dem Dorf Jameln bei Grevesmühlen bedrohen und belästigen Rechtstradikale seit Jahren die ganze Bevölkerung. Über ein Drittel der EinwohnerInnen sind in den letzten fünf Jahren weggezogen. Und dies ist kein Einzelfall. Rechte Schläger terrorisieren ganze Stadtviertel, Dörfer, Kleinstädte und sogar Landstriche. Wer sich nicht anpaßt, versucht möglichst schnell wegzuziehen.

Ronald Luther, SAV Rostock

Im Sommer rissen die Meldungen von Überfällen rechter-diktaler Jugendlicher auf Ausländer und westdeutsche Camper nicht ab. So auch der Überfall auf dem Campingplatz Leisten bei Plan am See in Mecklenburg-Vorpommern. Traurige Berühmtheit erlangte der Überfall rechtsextremer Jugendlicher auf schwarze briti-

sche Bauarbeiter im brandenburgischen Mahlow. Sie überlebten diesen nur knapp, einer der Bauarbeiter liegt seitdem querschnittsgelähmt im Krankenhaus.

Allies halb so schlimm?

Die Politiker sorgen sich vor allem um den Tourismus im Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern. Das einzige, was Politik und Wirtschaft den Anschlägen entgegenzusetzen versuchen, sind noch mehr Polizei und schärfere Jugendgesetze. Seit Wochen versuchen Tagsgesetzungen und Politiker, die Stimmung für die Aufrüstung der Polizei und Verschärfung der Jugendgesetze anzuhetzen.

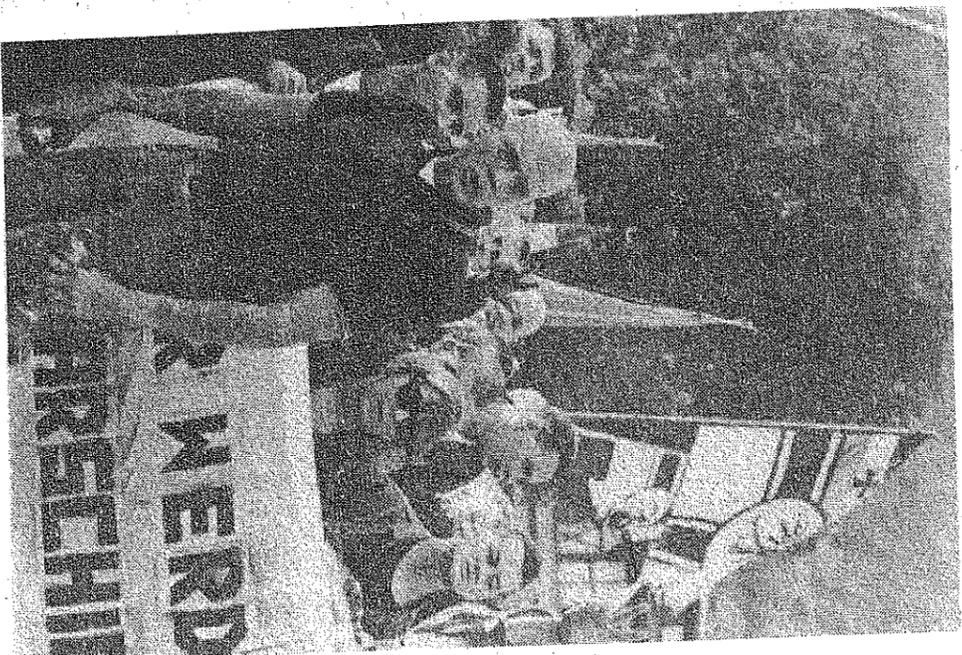
Daß die Gewalt größtenteils von Rechts ausgeht, wird dabei bewußt übersehen. Da werden Punker, Langhaarige und Linke auf Zeitplätzen vom Verfassungsschutz observiert. So wird krampfhaft versucht, ähnlich wie beim Brandanschlag in Lübeck, die Opfer der Gewalt zu Tätern zu machen, um von den wahren Ursachen abzulenken.

Immer stärker versuchen die Neonazis, Jugendliche zu organisieren. Nach 1991 hat die westdeutsche Nazi-Szene sich auf Ostdeutschland orientiert und Reiseskader losgeschickt. Oft stecken hinter den rechten Chiquen organisierte Neonazis.

Kahlschlag ohne Ende

Bereits seit längerem äußern sich Wut und Verbitterung über die Folgen der deutschen Einheit in Gewalt. Mecklenburg-Vorpommern ist vom Industrieland besonders betroffen.

Die Arbeitslosigkeit lag Ende August bei 17,1 Prozent, wobei der Anteil an Jugendlichen unter 20 Jahren an den Arbeitslosen im Arbeitsbezirk Rostock auf 3,5 Prozent an gestiegen ist.



WERD RECHT

Immer wieder werden Neonazis, wie hier in Rudolstadt, Aufmärsche erlaubt



Am 9. November findet ein internationaler Protesttag gegen Shell aus Anlaß des Jahrestages der Ermordung von Ken Saro Wiwa statt.

In Nigeria herrscht eine der brutalsten Militärdiktaturen der Welt. In die internationalen Schlagzeilen kam die Militärdiktatur unter General Abacha durch die Hinrichtung des Schriftstellers und Oppositionellen Ken Saro Wiwa und acht weiteren Aktivisten des Ogoni Volkes im letzten Jahr. Nach Schätzungen sitzen etwa 65 000 Menschen in Nigerias Gefängnissen. Seit 1994 sind ca. 200 Unterstützer der Demokratiebewegung in der Hauptstadt Lagos sowie 2000 Ogonis ungebracht worden.

Ange Zander, SAV Berlin

Nigeria, früher unter britischer Kolonialherrschaft, ist seit 1960 offiziell ein unabhängiger Staat. Trotzdem wird die Wirtschaft weiterhin durch westliche Konzerne wie Shell, BP und andere OIkonzerne beherrscht. Nigeria ist heute der zehnröbige Ölproduzent der Welt. Doch vom Ölreichtum profitieren allein die Konzerne und die Herrschenden des Landes.

Im Jahr 1994 stiegen die Profite der OIkonzerne um 75 %. Die Militärdiktatur erwartet in diesem Jahr Einnahmen von 14,5 Mrd Dollar durch Ölexporte. 95 % des gesamten Regierungshaushalts wird durch Öleinnahmen gesichert. Jeden Tag gibt das Abacha Regime 20 Millionen Dollar aus, um seinen Unterdrückungsapparat am laufen zu halten. Für das Militär ist das Öl aber auch die Hauptidele private Einnahmen. So erhält vor kurzem ein offizieller Bericht, daß 12,4 Milliarden Dollar aus den Buchhaltungsunterlagen der Militärregierung über die Öleinnahmen einfach "verschwinden" sind.

Öl-Ausbeutung

Die Ausbeutung der Ölorkommen durch die Konzerne,

Kein Blut für Öl

staatlichen Unabhängigkeit wurde Nigeria 26 Jahre durch Militärdiktaturen regiert. Gestützt wurden und werden die Militäregierungen durch die multinationalen OIkonzerne. Als Gegenleistung erwarten sie vom Militäregime, daß es jede Opposition gegen die Ausbeutung der Ölorkommen brutal unterdrückt.

Ende 1992 schickte das Regime seine als äußerst brutal bekannte „Mobile Polizei“ in das Nigerdelta, um Proteste der Ogoni niederzuschlagen, die sich gegen die Umweltschäden auf ihrem Territorium richteten. Es begann eine Repressionskampagne, die ganze Dörfer in Schutt und Asche legte. Angefordert und bezahlt wurde dieser Einsatz von Shell.

Wer für demokratische Rechte oder auch gegen die Umwelter-schmutzung eintritt, setzt sich der Gefahr aus, hinter Gittern zu landen oder ermordet zu werden. Als bei den Wahlen 1993 der bürgerliche Politiker Abiola zum Präsidenten gewählt wurde, ließen die Militärs die Wahlen annullieren und Abiola verhaften. Seine Frau, die ebenfalls in der Demokratiebewegung aktiv war, wurde im Juni dieses Jahres erschossen.

Widerstand

Verweigerung, aber auch Unzufriedenheit über die katastrophale Lebenssituation wechseln. Es gibt eine weit verbreitete Feindseligkeit gegenüber der Militärdiktatur und immer wieder massiv Proteste. Die Annulierung der Präsidentschaftswahlen 1993 führte zu einer großen Protestbewegung gegen die Militärherrschaft. Daran nahmen sogar mehr Menschen teil, als überhaupt zur Wahl gegangen waren. Die OIarbeiter traten in einem landesweiten Streik, fast alle Universitäten streikten ebenfalls.

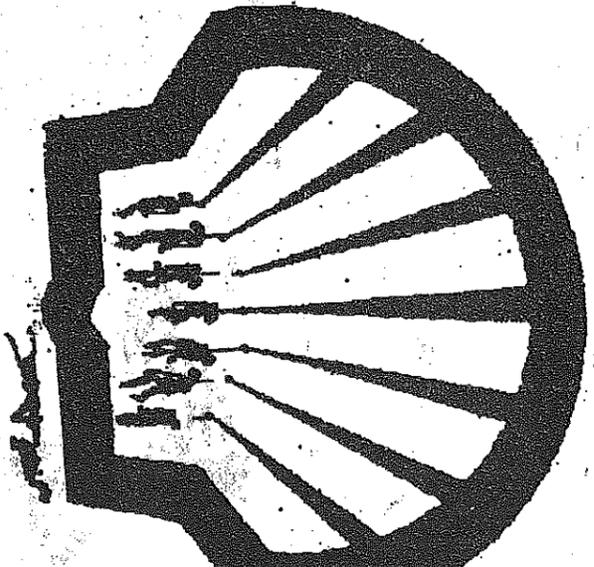
Doch das Militär schlug mit aller Härte zurück. Allein in Lagos wurden bei den Protesten 170 Menschen getötet. Die Universitäten des Landes wurden zum großen Teil einfach geschlossen. Die Führung der OIarbeitergewerkschaft wurde abgesetzt und durch eine von den Militärs kontrollierte Führung ersetzt. Der Generalsekretär Frank Kokori sitzt zusammen mit vielen anderen Gewerkschaften seit 1994 im Gefängnis. Die bundesweiten Strukturen des nigerianischen Gewerkschaftsdachverbandes NLC (Nigerian Labour Congress) wurden durch die Militärs aufgelöst.

Solidaritäts-Tour in Deutschland

Im Oktober ist Oladde For Luso, ein führendes Mitglied der nigerianischen Demokratiebewegung, auf Solidaritäts-Tour in Europa, auf Einladung des „Komitees für eine Arbeiterinternationale“ CWI. Er gehört der „Kampagne für unabhängige Gewerkschaften“ CIU an und ist ein regionales Führungsglied der NCP (National Conscience Party).

Die NCP hat mehrere 100.000 Mitglieder. Sie kämpft gegen die Militärdiktatur von Abacha, gegen Shell und für demokratische Rechte in Nigeria. Ihr Führer ist seit Januar „verschwinden“ und steht auf der Dringlichkeits-Liste der politischen Gefangenen von amnesty international.

Die Veranstaltungstermine in Deutschland sind: 05.10. Stuttgart, Infos unter Stefan, Tel.: 0711/ 2238823 08.10. Berlin, Humboldt-Universität, 19 Uhr 09.10. Kassel, Café Libre, 19 Uhr 10.10. Köln, Naturfreundehaus, Kapellenstr. 9a, 19 Uhr 11.10. Aachen, Che-Haus, Pontstr. 41, 19 Uhr



Nähere Informationen den Veranstaltungen der Tel.: 0221/134504 bei Jugendoffensive/JR (ropä) Tel.:0221/134505

Doch die Bewegung war so stark, daß der damalige Regierungschef General Babangida im August 1993 gezwungen war, die Macht an eine ungewählte halbzivile Übergangsgewaltung zu übergeben, die von General Abacha geführt wurde. Drei Monate später, nach der Absetzung der Übergangsgewaltung, wurde Abacha dann Präsident.

Demokratie-Bewegung

Heute gruppiert sich die Demokratiebewegung unter anderem um die NCP (National Conscience Party) und die CIU (Kampagne für unabhängige Gewerkschaften, Campaign for Independent Unionism). Der Kampf der Demokratiebewegung richtet sich gegen die Militärherrschaft, aber auch gegen die Ausbeutung der Ölorkommen durch die internationalen Konzerne. Es gibt eine weitverbreitete Stimmung in der Bevölkerung dafür, daß der Ölreichtum des Landes im Interesse der Allgemeinheit verwendet werden soll.

Die Demokratiebewegung wird von den Militärs mit allen Mitteln bekämpft. Die Führer der NCP werden landesweit verfolgt und verhaftet. Femi Abotissade, Organisationsleiter der NCP, sitzt seit Februar 1996 im Gefängnis. Der NCP-Koordinator Biodun Olanosu wurde zwar auf Druck internationaler Proteste freigelassen, ist aber weiterhin des Terrorismus angeklagt, was im Falle einer Verurteilung die Todesstrafe bedeutet. Beide sind als Sozialisten bekannt, die aktiv für demokratische Rechte und das Ende der Militärdiktatur eintreten; sie sind auch Unterstützer von Militant Labour, der nigerianischen Schwesterorganisation der SAV.

In Anbetracht der wachsenden Unterdrückung ist es dringender denn je, daß der Kampf der Demokratiebewegung gegen

das Abacha-Regime die Unterstützung durch die internationale Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung erhält. Die notwendige Solidarität muß verbunden werden mit dem Kampf gegen die internationalen Helfershelfer der Diktatur. Ohne die Unterstützung der westlichen Regierungen und vor allem aber der OIkonzerne könnte sich das Militärregime schon lange nicht mehr halten. In Deutschland werden Asylsuchende aus Nigeria abgeschoben, obwohl klar ist, daß die Rückkehr nach Nigeria den



Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, englisch CWI - Committee Workers' International). Unser Ziel ist die weltweite Abschaffung der kapitalistischen Profit- und Konkurrenzwirtschaft. Eine internationale demokratische Planung der Produktion vernünftige Ernährung, Arbeit und Obdach ganze Weltbevölkerung ermöglichen und die übergreifenden Auswirkungen der Produktion Umwelt berücksichtigen. Wir haben die sogenannten „realsozialistischen Staaten“ nie als sozialistische, realsozialistische und sind für den Sturz der dort herrschenden Regime durch die Arbeiter eingetreten, abgesehen von der Durchführung des Kapitalismus. Wir setzen uns für die internationale Einheit aller Arbeiter ein und organisieren Hilfe für Arbeiter, im Kampf gegen die Unternehmer oder die Befindenden.



In Deutschland werden Asylsuchende aus Nigeria abgeschoben, obwohl klar ist, daß die Rückkehr nach Nigeria den sicheren Tod bedeuten kann.

Verlierer der jüngsten Kämpfe im Nordirak ist die kurdische Bevölkerung: von den eigenen Führern verschacht, von Saddams Truppen bombardiert, vom Westen mit warmen Worten bedacht. Klarer Sieger ist Saddam Hussein, der einen großen Teil des kurdischen Nordirak wieder kontrolliert.

Claus Ludwig, Köln
Kurzfristig ist dies auch ein Sieg für Bill Clinton. Die Bushmann-Rolle spielt Saddam wie kein zweiter, vor allem während der US-Wahlkampfzeit.

Aber das ist nur kurzfristig. Im September ist auch herausgekommen, daß die CIA 100 Millionen Dollar in den Sturz des irakischen Diktators investiert und hunderte Agenten unterhalten hatte, die peinlicherweise in einer Blitzaktion ausgeflohen werden mußten. Saddam ist oben keine Marionette der USA, die US-Regierung würde ihn inzwischen lieber durch einen Militärputsch loswerden und ein berechenbares, „vernünftiges“ Regime durchsetzen, das man dann zu einem Gegengewicht gegen Iran aufbauen würde. Mit demokratischen Verhältnissen hätte das allerdings nichts zu tun.

Scherbenhaufen

Eigentlich sollte mit dem Golfkrieg eine neue Ordnung in der Region zu US-Bedingungen durchgesetzt werden. Während des Golfkrieges haben die USA Saddams Regime erst bekämpft, als dann sein Sturz möglich war, sind sie jedoch vor den Konsequenzen zurückgeschreckt. Damals war ihnen Saddam als ein bekanntes Übel lieber als der Sieg der aufständischen Kurden und der Schiiten im Südirak. Durch das Wirtschaftsembargo gegen Irak und die Luftangriffe wurde die irakische Bevölkerung immer wieder zur Unterstützung des Regimes geübt.

Verraten und verkauft



Irakisch-Kurdistan ist ein wirtschaftliches Notstandsgebiet – von Saddam bombardiert, von rivalisierenden kurdischen Organisationen ausgeplündert

Für die jüngsten US-Militärschläge verweigerten selbst die ehemaligen Golfkriegs-Verbündeten die Gefolgschaft. Die französischen Imperialisten, die sich von den jüngsten US-Angriffen distanzieren haben, wollen endlich wieder Öl-Geschäfte mit dem Irak machen und alte Schulden bezahlt bekommen. Wenn das mit Saddam funktioniert, soll er eben dran bleiben.

Nur die vom Imperialismus zu Staaten gemachten Ölquellen Bahrain und Kuwait wollen die Stationierung zusätzlicher US-Einheiten erlauben. Andere arabische Regimes befürchten zu

große innere Unruhen, wenn sie den US-Kurs weiterhin bedingungslos unterstützen.

Der US-Imperialismus steht vor dem Scherbenhaufen seiner Politik im Mittleren Osten. Die immer kopfloseren Ausschläge militärischer und diplomatischer Art, zeigen die Unfähigkeit des Imperialismus, die von ihm selbst mitverursachten Probleme in den Griff zu kriegen.

Verbrecherbanden

Saddams Panzer drangen zur Unterstützung von Barsani, Führer der KDP (Kurdischen

Demokratischen Partei), in den Nordirak ein. Barsani hat das gleiche Regime um Hilfe gebeten, welches 1988 in Halabja 5000 Kurden per Giftgas ermordet ließ, welches nach dem Golfkrieg Zehntausende tötete.

Mit der KDP rivalisiert die Patriotische Union Kurdistan (PUK) von Jalal Talabani, die mit Iran kooperiert. Beide Parteien sind längst nur noch Verbrecherbanden, die die kurdische Region ausplündern, ihren Leuten die besten Posten zuschanzen und bereit sind, mit jedem zu gehen, der ihnen Vorteile verspricht. So entbrannten die

jüngsten Kämpfe über die Frage, wer wieviel Gelder abbekommt, wenn das UNO-Embargo teilweise aufgehoben wird und die Öldollars wieder sprudeln. Beim Kampf um die Pfunde zwischen PUK und KDP sind tausende Kurden gestorben, Kritiker werden unterdrückt, viele Oppositionelle sind „verschwinden“.

PUK und KDP haben die kurdische Schutzzone in den letzten fünf Jahren so regiert, daß Saddam für die Bevölkerung seinen einzigartigen Schrecken verlorren hat. Für viele Kurden sind die irakischen Truppen nur noch ein Teil der Mächte, die sie terrorisieren. Durch den Golfkrieg, das UNO-Embargo, das ausgebreitet die Kurden noch härter trat als den Rest-Irak, und zuletzt durch die Mafia-Herrschaft von KDP und PUK ist Irakisich-Kurdistan ein wirtschaftliches Notstandsgebiet am Troopf der Hilfstiefenungen geworden.

Sozialistische Lösung

Das Prinzip der kurdischen Parteilührer – „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ – hat in die Katastrophe geführt. Eine Befreiung Kurdistan kann nur von den Arbeitern und Bauern selbst erkämpft werden. Ob regionale Diktaturen oder imperialistische Länder: sie wollen die Kurden gegeneinander ausspielen, Kontrolle über Gebiete, Ölpipelines und Märkte durchsetzen. Auch kann die Befreiung nur erkämpft werden, wenn die irakischen, iranischen, türkischen und syrischen Kurden miteinander verbunden werden und gleichzeitig die Einheit mit den arabischen, persischen und türkischen Arbeiter und Bauern hergestellt wird.

Nur eine freiwilliger sozialistischer Zusammenschluß der Völker der Region könnte die Unterentwicklung überwinden, die Wasser- und Ölressourcen gemeinsam nutzen.

lange hat der eine den anderen gedeckt. Ermittlungen gegen Angehörige der Führungsschicht sind oft auf Druck eingestellt worden.

Konsequenzen

Die Justiz ist ein Staat im Staat, ohne jegliche öffentliche Kontrolle. Richter werden nicht gewählt, sondern auf Lebenszeit eingesetzt, angeblich um ihre Unabhängigkeit zu garantieren. Die Praxis hat gezeigt, daß das puren Blödsinn ist. Radikale Konsequenzen müssen gezogen werden. Sie können nicht darin bestehen, den Polizeiapparat zu verstärken, sondern vor allem ihn der demokratischen Kontrolle der Arbeiterbewegung und der Bevölkerung zu unterstellen.

Weiterhin fordern wir die Aufhebung der sogenannten Gewaltenteilung. Wer beschließt, muß auch ausführen und darf sich nicht hinter dieser oder jener Institution verstecken können.

Das Recht auf Einblick in die Verhandlungsakten muß garantiert werden. Die Richter müssen der direkten Kontrolle der Bevölkerung ausgesetzt und notfalls abgewählt werden können.

Eine wirklich funktionierende und menschliche Justiz ist aber nur in einem System möglich, in dem die Belange der Bevölkerung vor der Geld- und Profitgier einzelner stehen.

Belgien: Klassenjustiz und Korruption



Die Eltern, nicht die Polizei, haben dafür gesorgt, daß die Dutox-Bande gefaßt wurde.

Die Kindesentführungen, Mißhandlungen, die sechs toten Mädchen, sowie die neuen Enthüllungen im Zusammenhang mit dem Attentat auf den sozialistischen Politiker André Coolis vor fünf Jahren haben das Klima in Belgien verändert. In den spontanen Massenmobilisierungen nach den ersten Enthüllungen drückte sich ein

tiefes Mißtrauen gegenüber dem Staatsapparat aus. Eric Byl, Vorstandsmitglied der „Militant links“ (Belgische Schwesterorganisation der SAV) berichtet über die Hintergründe.

äter war. Er und seine Machenschaften sind von höchsten Kreisen gedeckt worden. Sein Kumpane Nihoul rüht sich damit, „Kontakte bis auf die höchste politische Ebene“ zu haben. In den 80er Jahren hat er für Wahlkampagnen von christdemokratischen Politikern Geld misstrauen Sex-Partys sollen die andere hohen Funktionäre teilgenommen haben. Auf diesen Partys sollen auch Minderjährige mißbraucht worden sein.

Viel zu lange hatte die Polizei gezögert, eine Fahndung nach den vermißten Mädchen aufzugeben. Hinweise zu Dutox hatte die Rykswacht (Bundespolizei) schon seit 1993. Die Ermittlungen wurden nicht wirklich gezielt voran getrieben. Die Eltern der vermißten Mädchen wurden in die Suche nicht mit einbezogen. Sie erhielten keine Akten Einsicht.

Zum Vergleich: Bei der Entführung von Anthony de Clerck, Sohn eines der größten Industriellen in Belgien, wurden alle Polizeikräfte unverzüglich mobilisiert. Der Justizminister nahm sich der Angelegenheit persönlich an.

Eigeninitiative

Die Eltern haben mit tausenden von Freiwilligen Suchaktionen organisiert. Fotos und Hinweise nach Verdächtigen im ganzen Land verbreitet. Es ist nur ihnen zu verdanken, daß die



Argentinien

Zu einem 36stündigen Generalstreik hat der peronistische Gewerkschaftsdachverband CGT Ende September aufgerufen. Er richtete sich gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik des peronistischen Präsidenten Carlos Menem, dessen Politik zu Lasten der Masse der Bevölkerung Bundeskanzler Kohl bei seiner Lateinamerikarundreise noch heftig lobte. Die größte Oppositionspartei in Argentinien, die Radikale Bürgerunion UCR, hat sich ebenfalls hinter den Generalstreik gestellt.

Wann rufen hier DGB und SPD zu einem Generalstreik gegen diese Regierungspolitik auf?

Südafrika

Frühere Terroranschläge gegen die südafrikanische Befreiungsbewegung ANC des heutigen Präsidenten Mandela wurden von höchster Stellen des Apartheidstaates angeordnet.

Auch die Unterstützung für Buthelezi Partei Inkatha, die jahrelangen Bürgerkrieg gegen den ANC führte, der als schwarze Stammestheiden dargestellt werden sollte, ging von der ehemaligen Regierungsspitze aus. Dies enthüllte jetzt Eugene de Kock, ein Ex-Kommandeur der Geheimpolizei, vor Gericht.

Der Terrorobst gestand, mit seiner Einheit u.a. den Bombenanschlag auf das ANC-Büro in London, auf das Hauptquartier des Gewerkschaftsbundes COSA-TU und den Sitz des Südafrikanischen Kirchenrates in Johannesburg verübt zu haben, mit dem Segen des früheren Premier P.W. Botha. Auch Ex-Premier de Klerk sowie die früheren Außen-, Verteidigungs- und Polizeiminister seien direkt in die Anordnungen und Koordinierung der Aktionen von Todeschwadronen verwickelt gewesen.

Global fatal I

Die UN-Handels- und Entwicklungsorganisation UNCTAD gab in ihrem diesjährigen World Investment Report (Welt-Investitionsbericht) bekannt, daß die 10 größten Multis ein Drittel des globalen Kapitalstock besitzen. Seit 1985 haben sich die grenzüberschreitenden Aufkäufe von Unternehmen verdoppelt. Von den 315 Milliarden US-Dollar die im vergangenen Jahr grenzüberschreitend investiert wurden, entfielen 13 Milliarden auf solche Aufkäufe, mit denen in der Regel keine produktiven Investitionen, sondern eher Abbaun verbunden sind. Der Umsatz aus solchen Auslandsbeteiligungen betrug 6,1 Billionen Dollar.

Global fatal II

Das US-Magazin Fortuna ermittelte im Rahmen der jährlichen Untersuchung der 500 größten Multis, daß deren Umsatz 1995 um 11 Prozent wuchs, und damit viermal so schnell als die Weltwirtschaft. Die Gewinne der 500 größten Multis stiegen im Jahr 1995 um 15%, im Jahr davor sogar um 62% an. Die weltweit größten Unternehmen setzen mehr um als 60 Milliarden 80 Länder insgesamt wirtschaften.



„Schließlich ist die soziale Marktwirtschaft trotz aller Schwächen am besten geeignet, die Vorstellungen der Gewerkschaften zu verwirklichen.“ (IG-Chemie-Vorsitzender Hubertus Schmidt in SZ-Interview vom 05.09.96)

Seit wann sind Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Arbeitsheize, wirtschaftliche Ungleichheit, Armut und Umweltzerstörung Ziele der Gewerkschaften? Und wo ist der Beweis, daß es kein besseres Gesellschaftssystem als das herrschende geben kann?

Gaetan Kayitare SAV Aachen

Ob man nun das System Kapitalismus, Marktwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft nennt, das Prinzip bleibt gleich, ungeachtet der Wortspielerei: Eine kleine Minderheit hat das Kommando über die Wirtschaft. Die Produktion ist am Profit orientiert. Das System funktioniert nur auf der Grundlage der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Nach dem Ende der weltweiten Systemkonkurrenz kann die Marktwirtschaft ungehindert zeigen, was wirklich in ihr steckt! Das Resultat - mehr als 120 Mio Menschen weltweit ohne Arbeit, 50.000 Menschen, die täglich an Hunger und Unterernährung sterben, Kriege, Bürgerkriege sowie weltweite Zerstörung der Umwelt. Was das „Soziale“ an der Marktwirtschaft betrifft, so hat es eine gewisse soziale Absicherung nur in einer handvoll entwickelter kapitalistischer Staaten gegeben. Auch dort wurde jede Errungenschaft durch Kämpfe der Arbeiterklasse den Kapitalisten abgetrotzt. Jetzt stehen in diesen Ländern alle sozialen Absicherungssysteme unter Beschuß. Das am 13.9. verabschiedete Sparpaket der Bundesregierung war in Deutschland die bisher einschneidendste Maßnahme in dieser Richtung. Weitere harte Maßnahmen stehen bereits in der Diskussion und werden folgen, wenn die Gewerkschaftsführer auch in Zukunft nichts Besseres zu tun haben, als Losbestimmen auf die Marktwirtschaft zu singen.

Krisen und Sozialabbau

Der Kapitalismus durchläuft periodisch wirtschaftliche Krisen und Aufschwünge. In der Krise werden wir auf angeblich bessere Zeiten im nächsten Aufschwung vertröstet. Das Problem ist, daß die Wachstumsraten von Mal zu Mal kleiner, die Krisen hingegen immer tiefer bzw. langgezogener werden. Wer denkt überhaupt noch daran, daß seit 1993 Aufschwung 80er noch das Wachstum der 90er haben es vermocht, die Arbeitslosigkeit abzubauen bzw. den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu halten, ge-

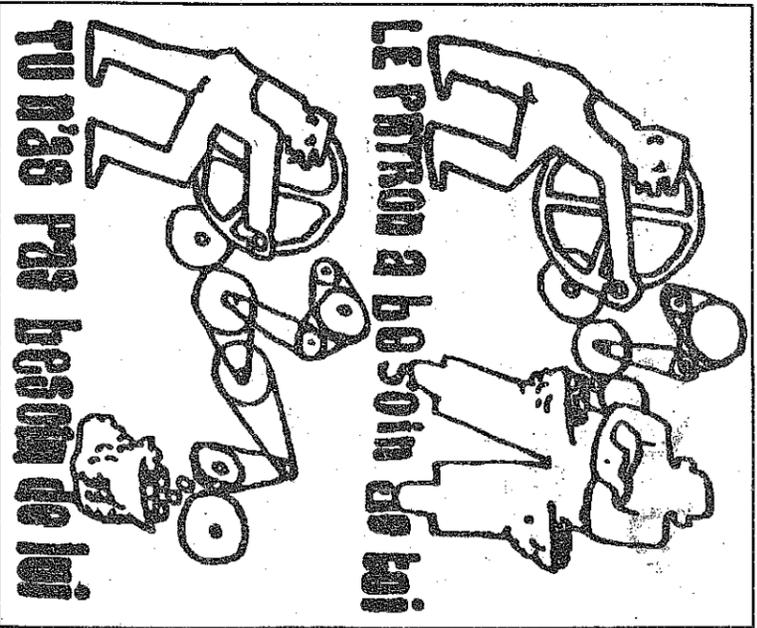
schweige denn zu steigern.

In der kapitalistischen Gesellschaft sind die Rollen klar verteilt. Die Arbeiterklasse weiß, daß sie nicht auf der Sonnenseite sitzt, und hat dementsprechend meist nur beschiedene Ansprüche. Egal wie schlecht die Lage war, solange Aussicht auf Verbesserung bestand, solange es irgendwieweit aufwärts ging, gab es keine dringenden Gründe, nach Alternativen zur Marktwirtschaft zu suchen. Heute herrschen dagegen eher Unsicherheit und Angst vor der Zukunft. Tatsächlich wird zum erstenmal seit dem 2. Weltkrieg

Sozialismus ist möglich

Die materiellen Voraussetzungen, um Hunger und Elend weltweit zu beseitigen, sind schon lange vorhanden. Das Verdrücken an den Krisen im Kapitalismus ist gerade, daß es

schaftsbesse und die SPD-Führer. Aber auch sie sehen weit und breit keine Alternative zur Marktwirtschaft. Kein Wunder: mit dem schönen Gehalt eines Gewerkschaftsvorsitzenden oder Bundestagsabgeordneten in der Tasche ist die Marktwirtschaft sogar sehr sozial.



„Der Boss braucht dich, aber Du brauchst ihn nicht.“ Eine Erkenntnis der französischen Arbeiter in der revolutionären Bewegung 1968

die Zukunft der heranwachsenden Generation schlechter aussehen als die der Eltern.

Je weniger die Marktwirtschaft durch materielle Zugeständnisse auftrumpfen kann, desto lauter wird die Propaganda über die Überlegenheit der sozialen Marktwirtschaft. Sie wird uns quasi als der „menschlichen Weisheit letzter Schluss“ verkauft. Umso besser für die Kapitalisten, wenn dergleichen von Leuten verkündet wird, die auf den ersten Blick Vertreter der Masse der Arbeiterklasse sein sollten, z.B. die Gewerk-

Krisen aus Überfluß, nicht aus Mangel sind. Nahrungsmittel werden vermehrt, Maschinen und Fabriken stillgelegt, Menschen werden arbeitslos und arm, weil zuviel produziert werden kann.

Afrika, heute ein Kontinent ständiger Hungersnöte, könnte bei entsprechendem Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen und Wissenschaft nicht nur die eigene Bevölkerung ernähren, sondern darüber hinaus sogar Nahrungsmittel exportieren. In Europa gibt die EU das Geld für die Vernichtung von Lebens-

Sozialismus Ausweg aus dem Alptrraum der Marktwirtschaft

mitteln aus, statt den Hunger in der Welt zu bekämpfen.

Die Produktivität der Arbeit steigt in Deutschland selbst unter den Bedingungen des Kapitalismus Jahr für Jahr um ca. drei Prozent. Die Arbeitszeit könnte also Jahr für Jahr um drei Prozent verkürzt werden - bei gleichem Lebensstandard, denn schließlich produzieren wir ja die gleichen Werte. Hätte man in den letzten zehn Jahren die Arbeitszeit jährlich um drei Prozent verkürzt, dann könnten wir heute die 30-Stunden-Woche für alle haben, bei vollem Lohnausgleich.

Aber im Kapitalismus hat jede neue Technik, jede neue Maschine heute nicht Arbeitseinsparung und Arbeitszeitreduzierung zur Folge, sondern mehr Straß, Arbeit rund um die Uhr (dann sieht die Maschine für den Unternehmer rentier) und Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierung.

Reichtum für Wenige - Armut für viele

Im Kapitalismus sind alle Produkte menschlicher Arbeit, auch der technische Fortschritt, bloßes Instrument zur Mehrung des Profits der Unternehmer und nicht zur Befriedigung der natürlichen Bedürfnisse der Menschen.

Die 358 reichsten Milliardäre besitzen fast soviel wie die Hälfte der Menschheit (laut UNO-Angaben). 1 Prozent der Deutschen besitzt mit 2.200 Mrd DM zehn mal mehr als die unteren 50% der Deutschen. In den Ländern der sogenannten 3. Welt ist der Reichtum noch ungleich verteilt. In Nigeria zum Beispiel besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 75% des Reichtums.

Produktion für Profit

Die ungleiche Verteilung des von der Arbeiterklasse erarbeiteten Reichtums ist aber nicht das einzige Problem, nicht einmal das größte. Das Ziel der Produktion im Kapitalismus ist der Profit. Dain besteht das entscheidende Hindernis für die Herstellung von ausreichenden und sinnvollen Gütern zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen.

Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen wäre heute problemlos zu befriedigen. Es gibt viele arbeitslose Bauarbeiter, genug Baumaterial und Baufaktoren, die in der Gegend herumstehen. Banken und Immobilienhäute interessiert aber nicht der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen, sondern nur der erzielbare Profit. Wenn sie mit ihrem Kapital an der Börse oder durch Finanzgeschäfte mehr Profit

machen können, dann legen sie es dort an.

In der ganzen kapitalistischen Wirtschaft gilt: Arbeitslose Menschen und stillgelegte Maschinen können nicht zueinanderfinden, nicht produzieren, wenn es den Damen und Herren Kapitalisten nicht gefällt. Krisen und Mangel sind also nicht das Werk übernatürlicher Kräfte, sondern von Menschen gemacht.

Neue und sinnvolle technische Erfindungen werden nicht angewendet, so lange kein Profit in Sicht ist oder der eigene Profit dadurch gefährdet würde. So lagern unzählige Erfindungen aus Forschung und Entwicklung in den Panzerschränken der Konzerne. Zur Not wird unübensame Konkurrenz mit al-len Mitteln ausgeschaltet, siehe das Beispiel der ostdeutschen Firma Foron, die einen Kühlschrank entwickelt hatte, der ohne die üblichen Ozonkiller auskam.

„Sozialismus bedeutet eine durch und durch transparente Gesellschaftsordnung, die auf der Selbstverwaltung der Werktätigen beruht.“

Forschung und Entwicklung wären effizienter, wenn gemeinsam an gleicher Sache gearbeitet würde, statt zig-fach parallel und in Konkurrenz zueinander. In der AIDS-Forschung behalten die privaten Forschungsun-ternehmen ihre Erkenntnisse für sich, um der Konkurrenz keinen Vorteil zu verschaffen.

Nationalstaaten sind Hindernis

Der Kapitalismus hat einen Weltmarkt mit Arbeitsteilung geschaffen. Das ist eigentlich positiv: es müssen jetzt nicht in jedem Land Bananen angepflanzt werden, auch Flugzeugfabriken müssen nicht allerorts gebaut werden.

Doch der Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten eines Landes setzt sich fort im Konkurrenzkampf zwischen den Staaten und Wirtschaftsblöcken. Die Vorteile internationaler Arbeitsteilung werden dadurch wieder zunichte gemacht. Die EU schottet sich mit Zöllen und Handelsbeschränkungen ab gegen Produkte aus der 3. Welt, aus den USA und Japan.

Jede herrschende Klasse verteidigt ihren „Standort“. Das ist auf die Dauer genauso umöglich wie einst der Zustand der Kleinrenterei. Die Produktivkräfte schreiten nach Befreiung aus dem Korsett des Privateigentums und des Nationalstaates. Sie schreiben nach Überführung in Gemein-

gentum „national wie international - und nach einer weltweiten Planung der Wirtschaft.

Gemeineigentum

Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln wird von bürgerlichen Ideologen als widernatürlich hingestellt, weil der Mensch angeblich nach privatem Eigentum strebt. Wie sieht es mit dem Eigentum in der kapitalistischen Gesellschaft aus?

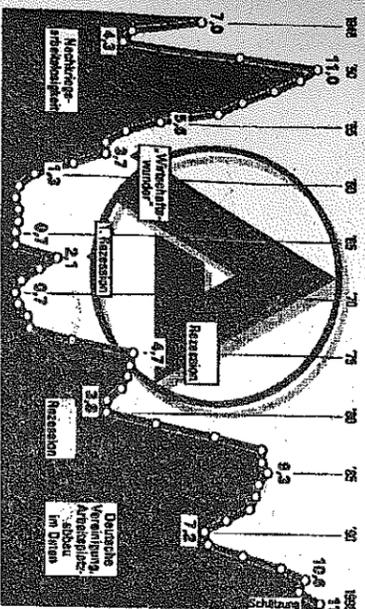
„Ihr einsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben. Es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert, ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungewehrten Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt? ... Der Kommunismus nimmt keinen die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterlocken.“ (Marx/Engels: Kommunisches Manifest)

Es geht nämlich gar nicht um das Eigentum, daß jeder hat. Es geht um das Privateigentum an Produktionsmitteln. In dieser Gesellschaft wird nur derjenige reich, der andere für sich arbeiten lassen kann.

Stalinismus

„Niemand, Hitler inbegriffen, hat dem Sozialismus so tödliche Schläge versetzt wie Stalin. Das ist auch nicht verwunderlich: Hitler hat die Arbeiterorganisationen von außen attackiert, Stalin - von innen. Hitler attackiert den Marxismus, Stalin attackiert ihn nicht nur, sondern proschürtiert ihn auch. Nicht ein ungeschändeteres Prinzip, nicht eine unbefleckte Idee sind übriggeblieben. Selbst die Worte Sozialismus und Kommunismus sind grazilhaft kompromittiert, seit wildgewordene, Gendarmenunter der Tirulatur „Kommunisten“ ihr Gendarmenregime Sozialismus nennen.

... Sozialismus bedeutet eine durch und durch transparente Gesellschaftsordnung, die auf der Selbstverwaltung der Werktätigen beruht. Stalins Regime



basiert auf einer Verschwörung der Herrschenden gegen die Beherrschten. Sozialismus bedeutet ständig zunehmende Gleichheit aller. Stalin hat ein System

warmen. Die stalinistische Bürokratie und die Kapitalisten warden sich zumindest einzig in dem Punkt, den Stalinismus als Sozialismus darzustellen, wenn

abscheulicher Privilegien geschaffen. Der Sozialismus hat die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit zum Ziel. Wo und wann wurde die Persönlichkeit so erniedrigt wie in der UdSSR?

(Leo Trotzki: „Anfang vom Ende“, 1937, aus Trotzki's Schriften, Verlag Rastch und Röhling, Bd. 12, Seite 1100)

Diese Erkenntnis gewann Trotzki schon in den 30er Jahren, lange bevor es die DDR gab. Jahrzehntlang wurden diese Verbrechen des stalinistischen Regimes in der SU, später in ganz Osteuropa von den Herrschenden im Westen benutzt, um vor den Folgen des angeblichen Sozialismus zu

auch aus unterschiedlichen Interessen: Für die stalinistischen Bürokraten ging es um die Rechtfertigung ihrer Herrschaft und für die Kapitalisten um ein fortschreckendes Beispiel ein Totschlagargument gegen den Sozialismus.

Der Wettbewerb zwischen Stalinismus und Kapitalismus war eine Konkurrenz zwischen zwei untergehenden Systemen. Es ging weniger darum, welches von beiden Systemen der Menschheit die besten Entwicklungsmöglichkeiten bieten kann, sondern darum, welches zuerst auseinanderbricht. Das Verschwinden des Stalinismus befreit die Marktwirtschaft nicht von ihren Mängeln, son-

dem macht sie sichtbar, weil jetzt die Kapitalisten nicht mehr den „Kommunismus“ für die Probleme der Menschheit verantwortlich machen können.

Sozialistische Demokratie

In der kapitalistischen Gesellschaft will man uns weismachen, durch die bürgerlichen Demokratie würde die Mehrheit darüber entscheiden, was in der Gesellschaft geschieht. Tatsächlich werden in der bürgerlichen Demokratie die wahren Verhältnisse verschleiert, um sich die Zustimmung der Mehrheit zu erschleichen. Die Demokratie hört gerade da auf, wo sie anfängt wichtig zu werden: am Arbeitsplatz, in der Produktion. Was will dagegen die sozialistische Demokratie?

Sie will, daß die Mehrheit darüber entscheidet, was, wie, wieviel und wofür produziert wird, kurzum: über alles, was für die Gesellschaft von Bedeutung ist. Die Ideologen der bürgerlichen Gesellschaft antworten darauf: das kann nicht funktionieren, die Mehrheit ist nicht qualifiziert, die Mehrheit wird nie einig sein, usw.

Damit geben sie ungewollt zu, daß die Mehrheit heute nichts zu melden hat. In der Praxis ist es auch so: Entscheidungsträger wie Unternehmer, Manager, Richter, Schuldirektoren, Vorge-

setzte am Arbeitsplatz, Offiziere in der Armee und Polizisten werden nicht demokratisch gewählt. Die Mehrheit der Arbeiterklasse steht das natürlich, was sich ausdrückt in der herrschenden Meinung: „Die da oben machen ja sowieso, was sie wollen.“

Es ist gerade diese Kluft zwischen Schein und Realität im Kapitalismus, die es so erschwert, sich eine Gesellschaft vorzustellen, die nicht auf Lüge und Unterdrückung, Diktat und Willkür aufgebaut ist.

Solidarität statt Konkurrenz

Die Herrschenden setzen alles daran, die Merkmale dieser Gesellschaft - Konkurrenz, Korruption, Privilegien, Kartell-

„Ohne die Chefs läuft es besser, das ist unsere Erfahrung. Die Kollegen arbeiten besser, die Stimmung ist gut, wir können jeder Belegschaft nur empfehlen, das auch auszuprobieren.“

Heiko Reuter, BR-Vorsitzender während der Betriebsbesetzung der Firma Neptun Techno Product in Bremerhaven

mus usw. - als unveränderliche Merkmale der menschlichen Gesellschaft schlechthin zu erkennen. Damit wird davon abge-

lenkt, daß es gerade die Marktwirtschaft ist, die auf Konkurrenz und Privilegien beruht, daß die Kapitalisten ihre Herrschaft nicht nur durch Gesetz, Armee und Polizei sichern, sondern auch mittels Korruption und Kartellstimmum.

Das Konkurrenzprinzip ist nicht typisch menschlich, sondern typisch kapitalistisch. Jeder Unternehmer freut sich, wenn ein anderer Unternehmer pleite geht. Es liegt in der Natur der Kapitalistenklasse, daß ein Konkurs des einen die Marktchance für den anderen bedeuten. Diese Erfahrung des Konkurrenzkampfes und die vielfältigen Versuche und Methoden, Arbeiter gegeneinander auszuspielen und zu spalten, bilden die Grundlage für das verbreitete Gefühl, auch in Teil-

gen? Im Gegensatz zu den Unternehmen stehen die Arbeiter aufgrund ihrer Interessenlage ohnehin unter einem Hut. Kein Arbeiter freut sich darüber, wenn tausende oder Millionen seiner Kollegen arbeitslos werden. Die Arbeitslosigkeit wird ja von Unternehmen dazu benutzt, die noch Arbeitenden einzuschüchtern, unter Druck zu setzen und soziale Errungenschaften abzubauen. Und wer zweifelt daran, daß es eine Mehrheit gibt für bezahlbare Wohnungen, für Arbeit und bessere Ausbildung für alle, für einen besseren Lebensstandard und erst recht heute gegen den Sozialabbau?

Die Bereitschaft und die Fähigkeit der Menschen zu solidarisiertem Handeln wird bei jedem Streik oder Wamstreik auf ein Neues bewiesen. Der Mensch ist nicht zu schlecht für den Sozialismus, sondern der Kapitalismus ist zu schlecht für den Menschen.

Die Bereitschaft zu aktiver Gewerkewehr ist auch vorhanden, was die über 350.000 Demonstranten am 15. Juni in Bonn gegen das Sparpaket der Bundesregierung gezeigt haben.

Für erfolgreiche Gewerkewehr brauchen wir aber kämpferische Organisationen. Jeder Kampf muß verbunden werden mit dem Kampf gegen die kapitalistische Marktwirtschaft, für eine sozialistische Demokratie.

Für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei

Hunderttausende Arbeiterinnen sind in diesem Jahr auf die Straße gegangen, um gegen die Kürzungspolitik der Kohlregierung zu demonstrieren. Trotz dieser Massenproteste wurden das Sparpaket am 13. September im Bundestag beschlossen. Zwei Schlußfolgerungen drängen sich aus den Erfahrungen

dieses Jahres auf: Erstens bedarf es härterer Kampfmaßnahmen seitens der Gewerkschaften, und zweitens muß diese Regierung, die dem Diktat der Banken und Großkonzerne folgt, verschwin-

den. Nichts könnte falscher sein, als darauf zu hoffen, daß eine SPD-geführte Regierung die Sparmaßnahmen rückgängig macht und eine Politik im Interesse von ArbeitnehmerInnen beginnt. Die Sozialdemokratie ist nicht mehr die Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse, die sie wurde, nachdem Ferdinand Lassalle 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gründete.

auch ihren Frieden mit dem System geschlossen hatte.

Heute betreibt die SPD statt Reformen Konterreformen. In Ländern und Kommunen sind es SPD-geführte Regierungen, die Kürzungspolitik, Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst zu verantworten haben. Die SPD steht heute weiterhin rechts als jemals zuvor. Gleichzeitig verändert sich die Zusammensetzung und der Charakter der Partei. Die Ortsvereine laeren sich, die Arbeiterbasis geht mehr und mehr verloren. Die Parteilinke ist zusammengebrochen oder politisch rechts, die Jugendorganisation Jusos bedeutungslos.

ArbeiterInnen und Jugendliche sehen die SPD nicht mehr als ein Kampfinstrument der Durchsetzung ihrer Interessen. Im Gespräching geraten sie immer häufiger in Konflikt mit ihr. Ein großer Teil von ArbeiterInnen und Jugendlichen, vor allem die aktiven und politisch bewegtesten sehen die SPD als einen Teil des Establishments. Auch wenn viele weiterhin SPD wählen (oder wieder wählen werden), um die Kohlerierung zu stützen, so ahnen sie doch, daß eine SPD-geführte Regierung keine grundlegende Veränderungen bringen wird.

terklasse muß neu geschaffen werden. Wir brauchen eine Massenspartei, die alle ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und Arbeitslose vereint, die sich gegen die Mißstände in der kapitalistischen Gesellschaft zur Wehr setzen wollen.

Eine Partei, die ihre Hauptaufgabe darin sieht, den außerparlamentarischen Widerstand gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Rassismus, Umweltschädigung und Abbau demokratischer Rechte zu führen, die den gewerkschaftlichen Kampf aktiv unterstützt und die Sache der arbeitenden Bevölkerung in den Parlamenten zur Sprache bringt. Eine Partei, die eintritt für so wichtige Forderungen wie Arbeit für alle, die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Rücknahme sämtlicher Kürzungen der Kohlregierung, den Stopp und die Rücknahme aller Privatisierungen und für öffentliche Investitionsprogramme im Wohnungsbau und Umweltschutz, die Millionen von Arbeitsplätzen schaffen könnten.

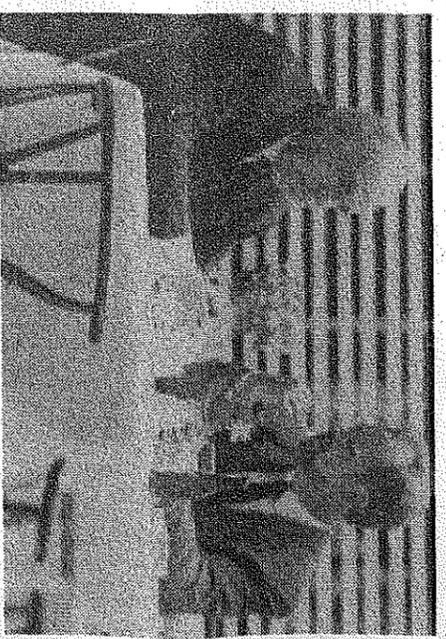
Während wir die kämpferischen, antistalinistischen Kräfte in der PDS unterstützen, ist die Existenz der PDS kein Argument gegen den Aufbau einer neuen Massenspartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen in Ost und West.

Die SPD ist auf dem Weg, zu einer zweiten CDU zu werden, sie ist im Prozeß der kompletten Verbürgerlichung. Sie wird auch in Zukunft nicht wieder zu einer lebendigen Massenspartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen werden.

Viele ArbeiterInnen und Jugendlichen in Ostdeutschland wählen die PDS. Die PDS ist fortschrittlicher als alle anderen Parteien. Sie hat in ihrem Programm den Anspruch, die Interessen der einfachen Leute zu vertreten und antikapitalistisch zu sein. Doch auch sie ist keine kämpferische Massenspartei, wie wir sie brauchen.

Nirgends organisiert sie wirkliche Gegenwehr, stattdessen befindet sie sich in einer Rechtsentwicklung und Anpassung an die SPD. Bestes Beispiel ist die - vermeintlich linke - Berliner PDS, die kürzlich ihre Unterstützung für Privatisierungsmaßnahmen und Stellenstreichungen bekamngab.

Es muß eine demokratische Partei sein, deren Politik von



Schärping und Kohl auf der Suche nach faulen Kompromissen; auch ihre Parteien werden sich immer ähnlicher

Hinzu kommt, daß die PDS auch aufgrund ihrer stalinistischen Vergangenheit von einer großen Mehrheit in Westdeutschland und einem wichtigen Teil der ostdeutschen ArbeiterInnen nach wie vor abgelehnt wird. Mit kämpferischer Politik hätte sie die Chance, die dem eingeschlagenen Rechtskurs wird ihr das dagegen nicht gelingen. Eine erfolgreiche Wehrstärkung ist zwar, mangels linker Alternativen, nicht ausgeschlossen, aber mehr als unsicher.

Während wir die kämpferischen, antistalinistischen Kräfte in der PDS unterstützen, ist die Existenz der PDS kein Argument gegen den Aufbau einer neuen Massenspartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen in Ost und West.

Lehren

Eine neue Partei darf keine Neuaufgabe der SPD sein. Sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie die Hauptziele aus dem Niedergang der Sozialdemokratie zieht. Diese ist: nicht Anpassung an den Kapitalismus, sondern Kampf gegen ihn. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise wird jeder Versuch scheitern, den Kapitalismus besser zu managen als die Kapitalisten. Eine neue Arbeiterpartei braucht ein sozialistisches Programm und muß die Ideen einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft als erreichbares und notwendiges Ziel massenhaft in den Köpfen von ArbeiterInnen und Jugendlichen verankern.

Die SAV ist eine revolutionäre sozialistische Organisation. Wir wollen einen Beitrag zur Schaffung einer neuen Massenspartei der Arbeiterklasse leisten und kämpfen dafür, daß sozialistische Ideen eine Mehrheit in der Arbeiterbewegung finden.



Internationalismus - ein Grundgedanke der Arbeiterbewegung

Solidaritätspreis 3,- DM

JOBRAM

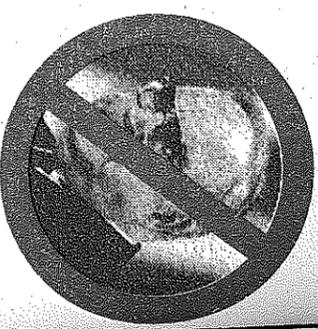
Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 184 Oktober 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Inhalt

Lohnfortzahlung	S. 2
ötv/Verkehrsbetriebe	S. 5
Ausbildung	S. 7
Nazi-Terror im Osten	S. 7
Belgien	S. 9



Berlin = Stoppt die Sparerschwereinerien

Zum zweiten Mai in diesem Jahr wurde in Berlin eine Haushaltssperre verhängt, weil schon wieder eine Dekungslücke in Höhe von 2,4 Milliarden Mark entstanden ist. Deshalb blüht uns jetzt u.a.: Erhöhung des BVG-Monatstickets, Erhöhung der Preise für Schulspeisung, Schließung von Sozialprojekten, Stellenabbau der Bezirke um 1900 Stellen, Kürzung der Sachausgaben der Bezirke um 954 Millionen DM, was z.B. die Schließung von Kitas und Freizeitanlagen zur Folge hat. Außerdem sollen „widerspenstige“ Bezirke und Universitäten, die die Spaurlagen nicht erfüllen, einen Sparkommissar bekommen.

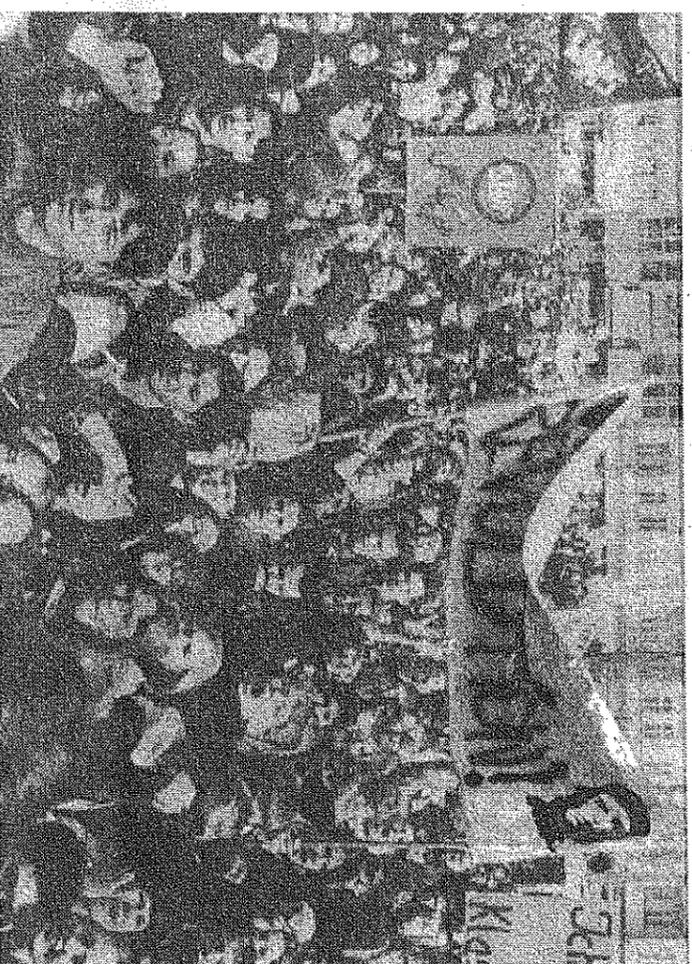
Katja Raetz, SAV Berlin

Schon die Auswirkungen des früheren Sparpakets des Berliner CDU/SPD-Senats mit dem darin enthaltenen beispiellosen Bildungs- und Sozialabbau be-

kommt fast jeder persönlich zu spüren. So sollen Arbeitsplätze wie beispielsweise 3000 Lehrerrinnenstellen gestrichen werden, der soziale Wohnungsbau soll halbiert und die Zahl der Studienplätze von 115.000 auf 85.000 gesenkt werden. Zum ersten Mal müssen alle Studierenden - egal welcher Herkunft - Gebühren in Höhe von 100 DM zahlen.

Als Grund für die neuerliche Haushaltssperre werden u.a. Steueranstöße von 500 Mio DM und Mehrausgaben bei der Sozialhilfe von 500 Millionen DM genannt. Schon daran kann man erkennen, daß die Ursache für die Krise der öffentlichen Haushalte nicht darin liegt, daß wir jahrelang „über unsere Verhältnisse gelebt“ haben, sondern in der Krise der Wirtschaft im allgemeinen. Durch die ständig steigende Massenarbeitslosigkeit sanken und sinken die Steuereinnahmen und steigen die Ausgaben für Sozialhilfe. Und die Unternehmen denken nicht daran, ihre Gewinne zur Schaf-

- fung von Arbeitsplätzen zu nutzen, sondern vermehren ihr Geld durch Spekulation an der Börse.
- Wir fordern:**
- ★ **Erhalt aller Arbeitsplätze**
- ★ **Drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- ★ **Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in den Bereichen Wohnungsbau und Umwelt**
- ★ **Erhalt und Ausbau der sozialen Projekte**



Schülerinnen und Studierende demonstrieren gegen die Sparpläne des Senats im Bildungsbereich. Im ersten halben Jahr hat es in Berlin 1200 Demonstrationen gegeben.

Widerstand ist möglich

Im ersten Halbjahr 1996 fanden in Berlin 1200 Demonstrationen statt, viele davon richteten sich gegen Spar- und Kürzungsmaßnahmen. Das zeigt, wieviel Kampfbereitschaft vorhanden ist. Aber leider hat es nicht ausgereicht, die Sparpolitik zu stoppen. Wir müssen einen erneuten, noch breiter getragenen Anlauf nehmen, sonst geht die Sparorgie zu unseren Lasten weiter.

Dazu muß der Widerstand von unten her, in den Kiezen, aufgebaut und zusammengefaßt werden. Als ersten Schritt können Stadtteilversammlungen und Kiezdemonstrationen organisiert werden. Es ist notwendig, daß sich alle Betroffenen zu Stadtteilkomitees zusammenschließen, in denen sich Projekte, Vereine, Organisationen zusammen tun und möglichst viele AnwohnerInnen mit einbezogen werden. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, so daß nicht Jugendclub gegen Jugendclub kämpft.

Mit großen konzentrierten Demonstrationen in mehreren Stadtteilen - z.B. während der Hauptverkehrszeit - kann man sehr viel mehr Druck aufbauen als durch Demonstrationen am Samstagnachmittag.

Durch diese Stadtteilkomitees kann es auch möglich werden, Besetzungen von Projekten, die geschlossen werden sollen, zu organisieren und die Solidarität im Kiez dafür zu mobilisieren. Entscheidend ist jedoch, daß die Gewerkschaften zu wirksamem Widerstand gedrängt werden. Von den Kürzungen ist besonders der öffentliche Dienst betroffen. Die ÖTV müßte gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften einen mindestens einträgigen stadtweiten Generalstreik organisieren, verbunden mit Protestversammlungen, denen sich die Gegenwehr-Bündnisse anschließen.

- Wir fordern**
- ★ **Verstaatlichung der Banken**
 - ★ **Erhöhung der Gewerbesteuer**
 - ★ **Abschaffung aller Steuerprivilegien für Unternehmer**



Gegenwehr im Kiez

Die SAV Berlin hat in verschiedenen Bezirken eine Kampagne gestartet, um im Kiez Gegenwehr-Strukturen und Bündnisse aufzubauen.

Wedding

Im Wedding wurden 20% aller Mittel für soziale Einrichtungen von einem Tag auf den anderen gekürzt. Deshalb versuchen wir uns dagegen mit den betroffenen Einrichtungen sowie mit Gewerkschaften und anderen Organisationen kurzzuschließen. Dazu haben wir mit ca. 80 Einrichtungen Kontakt aufgenommen. Derzeit arbeiten wir mit der PDS, dem Bündnis 90/Die Grünen, mit einigen Einrichtungen, wie z.B. der „Weddinger Kinderfarm“, zusammen.

Treptow

Auch hier sind Jugendclubs und andere Einrichtungen in ihrer Existenz bedroht, werden Schwimmhallen, geschlossen, sind Gebühren für Bibliotheken geplant. Hier finden ebenfalls Stadtteilversammlungen statt und wird der Protest auf die Straße getragen. Am 28. September fand ein Jugendprotesttag statt, der zusammen mit JO/RE und der AG Junge Genossin-

nen organisiert wurde. In Treptow wurde zur Mobilisierung der Bevölkerung direkt Unterschriftenlisten die Anwohner direkt angefordert, Protest-Plakate in ihre Fenster zu hängen.

Prenzlauer Berg

Im Prenzlauer Berg haben wir eine Kampagne zur Rettung der Jugendclubs gestartet. Dafür haben wir in den einzelnen Clubs sowohl die Betreuer als auch die Nutzer angesprochen und zu wöchentlichen Treffen eingeladen. Gleich bei der ersten Stadtteilversammlung wurde deutlich, daß wir nur mit konkreten Aktionen mehr Menschen ansprechen können. Deshalb wurde für den 10. Oktober eine Kiezdemonstration beschlossen. Die beiden größten Jugendclubs im Kiez unterstützen die Aktion, die von einem aktiven Kreis aus 15 bis 20 Jugendlichen vorbereitet wird.